

Vertragsunterlagen

I. Leistungsbeschreibung

1. Vorbemerkungen

1.1 Allgemeines

- (1) Der Landkreis Kronach ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger gemäß §§ 17 Abs. 1, 20 KrWG in Verbindung mit Art. 3 Abs. 1 BayAbfG unter anderem für die Einsammlung und Beförderung der in seinem Gebiet anfallenden Abfälle aus privaten Haushaltungen und aus sonstigen Herkunftsbereichen zuständig. Dies umfasst insbesondere Hausmüll, Papier/Pappe sowie Sperrmüll.
- (2) Der Landkreis Kronach bildet zusammen mit den Landkreisen Coburg und Lichtenfels und der Stadt Coburg den Zweckverband für Abfallwirtschaft in Nordwest-Oberfranken (Sitz: Von-Werthern-Straße 6, 96487 Dörfles-Esbach) – im folgenden Zweckverband für Abfallwirtschaft genannt –, der für die Verbandsmitglieder einzelne Leistungen im Rahmen ihrer Entsorgungspflicht erbringt.
- (3) Zur Regelung der Abfallentsorgung hat der Landkreis Kronach eine Abfallwirtschaftssatzung (Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen im Landkreis Kronach – AWS) und eine Gebührensatzung (Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung des Landkreises Kronach – GS) erlassen. Die aktuell gültigen Fassungen (Abfallwirtschaftssatzung in der Fassung vom 01.01.2014 und Gebührensatzung in der Fassung vom 01.01.2019) sind zu finden unter: <https://www.landkreis-kronach.de/buergerservice-landratsamt/behoerdenwegweiser/?satzungen&orga=34623>

1.2 Leistungsgegenstand

- (1) Der Landkreis Kronach beabsichtigt die Vergabe folgender Leistungen:
 - Einsammlung und Beförderung von Hausmüll vierzehntäglich alternierend mit Identifizierung der Behälter und Übergabe der Identdaten (Los 1)
 - Einsammlung und Beförderung von Papier/Pappe vierwöchentlich alternierend (Los 2)
 - Einsammlung und Beförderung von Sperrmüll im System auf Abruf (Los 3)
- (2) Sämtliche für die Erbringung der obengenannten Leistungen erforderlichen Einrichtungen sind vom Auftragnehmer bereitzustellen, auf dessen Kosten zu betreiben und in die Einheitspreise einzurechnen.

1.3 Angebotsbedingungen

- (1) Der Bieter muss sich vor Abgabe des Angebotes über alle Bedingungen unterrichten, die für die Ausführung der Leistung und die Preisermittlung bedeutsam sind. Es wird empfohlen, sich über die örtlichen Gegebenheiten zu informieren. Wenn nötig, hat sich der Bieter mit dem Auftraggeber in Verbindung zu setzen.

- (2) Der Bieter ist verpflichtet, Bedenken, die er bezüglich der Ausschreibung hat, unverzüglich schriftlich vorzubringen. Unterlässt er dies, gibt er zu erkennen, dass er mit der Ausschreibung und seinem darauf abgegebenen Angebot und der Ausführung in allen Teilen einverstanden ist.
- (3) Zusätzliche Auskünfte zu den Vergabeunterlagen und dem Begleitschreiben werden seitens des Auftraggebers bis spätestens 6 Tage vor Ablauf der Angebotsfrist erteilt (vgl. § 20 Abs. 3 VgV) und sind daher rechtzeitig zu stellen.

2. Leistungsbeschreibung

2.1 Organisation

- (1) Der Landkreis Kronach ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger gemäß §§ 17 Abs. 1, 20 KrWG in Verbindung mit Art. 3 Abs. 1 BayAbfG unter anderem für die Einsammlung und Beförderung der in seinem Gebiet anfallenden Abfälle aus privaten Haushaltungen und aus sonstigen Herkunftsbereichen zuständig. Dies umfasst insbesondere Hausmüll, Papier/Pappe sowie Sperrmüll.
- (2) Der Landkreis Kronach bildet zusammen mit den Landkreisen Coburg und Lichtenfels und der Stadt Coburg den Zweckverband für Abfallwirtschaft in Nordwest-Oberfranken (Sitz: Von-Werthern-Straße 6, 96487 Dörfles-Esbach), der für die Verbandsmitglieder einzelne Leistungen im Rahmen ihrer Entsorgungspflicht erbringt.

2.1.1 Behälterbereitstellung und Abfuhrhythmus

- (1) Für die Sammlung von Hausmüll (über die Grauen Tonnen) und Papier/Pappe (über die Grünen Tonnen) ist jeweils ein Holsystem mit vierzehntäglicher bzw. vierwöchentlicher Abfuhr eingerichtet. Die Leichtverpackungen werden über Gelbe Tonnen bzw. Gelbe Säcke erfasst und vierwöchentlich alternierend mit Papier/Pappe abgeholt. Sperrmüllabfuhr erfolgt auf Abruf; diese ist kostenfrei (Finanzierung über die Abfallentsorgungsgebühren). Eine Bioabfallsammlung im Holsystem ist bisher nicht vorhanden, die Einführung ist aktuell nicht beabsichtigt.
- (2) Neben den Holsystemen besteht ein umfangreiches Bringsystem (Wertstoffhöfe). Papier und Pappe wird an sieben Wertstoffhöfen in Presscontainer bzw. Absetzmulden kostenlos angenommen. Außerdem kann die Anlieferung von Sperrmüll auch an vier Wertstoffhöfen (Birkach, Steinbach am Wald, Steinwiesen und Wallenfels) sowie direkt an der Müllumladestation Kronach-Neuses erfolgen; die Annahme ist dabei jeweils gebührenpflichtig. Der Transport des an den Wertstoffhöfen erfassten Papiers und Sperrmülls zur Umladung bzw. Entsorgung ist nicht Bestandteil der Ausschreibung.
- (3) Der Landkreis Kronach hat eine Fläche von 651,5 km² und besteht aus 18 Gemeinden mit insgesamt 66.355 Einwohnern (Stand 31.12.2020). Die Einwohnerzahlen sind eher rückläufig (vgl. Übersicht Einwohnerzahlen und -entwicklung unter Ziffer II.1). Eine Kartendarstellung findet sich unter folgender Internetadresse: <https://www.landkreis-kronach.de/landkreis-und-gemeinden/staedte-maerkte-und-gemeinden/>. Zur Abfallentsorgung angemeldet sind ca. 22.700 Grundstücke (Objekte laut Gebührenveranlagung, nicht identisch mit Zahl der Haushalte). Bereitgestellt werden dort ca. 25.500 Graue Tonnen (Restmüll) und ca. 24.500 Grüne Tonnen (Papier/Pappe). Genauere Angaben zu den Behälterzahlen sind unter Ziffer II.3 zu finden.

- (4) Im Zuge der Einführung eines Identifikationssystem für die Abfallentsorgung zum 01.01.2014 wurden die an die Abfallentsorgung des Landkreises angeschlossenen Grundstücke mit neuen Restmüllbehältern ausgestattet. Den Anschlusspflichtigen (Grundstückseigentümer und Gewerbetreibende) werden die Restmüllbehälter mit eingebautem Transponder vom Landkreis zur Verfügung gestellt. Auch die Grünen Tonnen werden den Anschlusspflichtigen vom Landkreis bzw. dem Zweckverband zur Verfügung gestellt. Behälterbereitstellung und Behälteränderungsdienst (wird vom Landkreis mit eigenem Personal durchgeführt) sind nicht Gegenstand der Ausschreibung.
- (5) Für die Einteilung der Abfuhr Touren war der Landkreis bisher in vier Abfuhrbezirke eingeteilt. Diese Einteilung hat aber für die Auftragsvergabe keine Bedeutung. Der Auftrag wird nicht in Regionallose, sondern lediglich in Fachlose aufgeteilt. Die Einteilung in Abfuhrbezirke wird hier zur Information angegeben; sie stellt eine Orientierung für die künftige Tourenplanung dar, ist aber keine verbindliche Vorgabe.
- (6) Bisher bestehen folgende Abfuhrbezirke:

Abfuhrbezirk	Bereich
Abfuhrbezirk 1	Landkreis Kronach gesamt
Abfuhrbezirk 2	Stadt Kronach mit Ortsteilen
Abfuhrbezirk 3	südlicher Landkreis Markt Küps, Markt Marktrodach, Markt Mitwitz, Gemeinde Schneckenlohe, Gemeinde Weißenbrunn
Abfuhrbezirk 4	nordwestlicher Landkreis Stadt Ludwigsstadt, Markt Pressig, Gemeinde Steinbach am Wald, Gemeinde Stockheim, Markt Tettau
Abfuhrbezirk 5	östlicher Landkreis Markt Nordhalben, Gemeinde Reichenbach, Markt Steinwiesen, Stadt Teuschnitz, Gemeinde Tschirn, Stadt Wallenfels, Gemeinde Wilhelmsthal

- (7) Genauere Angaben hierzu finden sich unter Ziffer II.1 (Einwohnerzahlen, Flächenangaben) sowie in Anlage 1 (Landkreiskarte) und Anlage 2 (Tourenplanung).

2.1.2 Tourenplanung

- (1) Die Abfuhr von Restmüll und Papier/Pappe in den Abfuhrbezirken 2 bis 5 war bisher so abgestimmt, dass in jeder Woche eine annähernd gleichmäßige Menge an Restmüll und Papier/Pappe an den jeweiligen Beseitigungs- bzw. Verwertungsanlagen angeliefert wurde.
- (2) Die Abfuhr ist so mit dem Auftragnehmer für die Sammlung der DSD-Leichtfraktion (Gelbe Tonne/Gelber Sack) abgestimmt, dass die jeweils einzusammelnde Fraktion (Hausmüll, Papier und Pappe und Gelbe Tonne/Gelber Sack) bei den betreffenden Haushalten immer am gleichen Wochentag abgeholt wird.
- (3) Für die Toureneinteilung sind die Vorgaben des Auftraggebers zu beachten. Die Tourenzuordnung für 2022 ist als Anlage beigefügt (Anlage 2). Die Tourenplanung soll grundsätzlich in dieser Form beibehalten werden. Eine Umstellung der Tourenplanung während der Vertragslaufzeit ist nur mit Zustimmung des Auftraggebers möglich. Dabei müssen alle bei den angeschlossenen Grundstücken abzuholenden Fraktionen berücksichtigt werden. Das erfordert eine einvernehmliche Regelung unter den für die einzelnen Fraktionen (Restmüll, Papier/Pappe und Verpackungen) zuständigen Auftragnehmern.
- (4) Für die Tourenplanung bei Restmüll und Papier/Pappe gelten folgende Vorgaben:

- Jedes einzelne Grundstück ist bei Restmüll vierzehntäglich anzufahren, bei Papier/Pappe vierwöchentlich. Dabei sind die zur Entleerung bereitgestellten Behälter zu leeren.
- Alle Fraktionen sind am gleichen Wochentag abzuholen.
- Restmüll und Papier/Pappe sind grundsätzlich an fünf Tagen pro Woche (grundsätzlich von Montag bis Freitag) an den jeweiligen Anlagen anzuliefern. Dabei ist auf eine gleichmäßige Mengenverteilung zu achten.
- Die Touren sind in folgender Reihenfolge zu fahren:

1. Woche	Graue Tonne	Restmüll
2. Woche	Grüne Tonne	Papier/Pappe
3. Woche	Graue Tonne	Restmüll
4. Woche	Gelbe Tonne/Gelber Sack	Leichtverpackungen (LVP)
5. Woche	Graue Tonne	Restmüll
6. Woche	Grüne Tonne	Papier/Pappe
7. Woche

- Die Sammlung wird in der Regel von Montag bis Freitag durchgeführt. In Ausnahmefällen (insbesondere bei Feiertagen während der Woche) wird die Sammlung auch am Samstag durchgeführt. In diesem Fall gewährleistet der Auftraggeber, dass die jeweiligen Anlagen für die Anlieferung der Abfälle geöffnet sind. Der Auftraggeber legt die Ausweichtermine für die aufgrund von Feiertagen zu verschiebenden Abfuhr in Abstimmung mit dem Auftragnehmer fest und gibt sie gemäß §§ 16, 18 AWS bekannt. Feiertagsverschiebungen sind in der Regel so zu gestalten, dass die Abfuhr jeweils einen Werktag nachher (auch an Samstagen) und nur in Ausnahmefällen (bei zwei Feiertagen in einer Woche) auch einen Werktag vorher (ggf. auch Samstag der vorherigen Woche) durchgeführt wird.
- (5) Diese Vorgaben sind auch bei notwendigen Änderungen der Tourenplanung zu beachten.
- (6) Die Sammlung von Sperrmüll erfolgt ebenfalls im Holsystem auf Abruf. Dabei sind die Abfuhr regelmäßig, aber nach Bedarf durchzuführen. Derzeit wird in jeder Landkreisgemeinde im Abstand von 3 bis max. 6 Wochen ein Abfuhrtermin durchgeführt. Dieser Abfuhrturnus ist beizubehalten; abweichende Regelungen sind für die sogenannten Sonderanwesen möglich. Einzelheiten dazu sind unter Ziffer 2.3.4 Absatz 12 beschrieben.

2.2 Leistungen des Auftraggebers

2.2.1 Allgemeine Verpflichtungen

- (1) Der Auftraggeber benennt für die Laufzeit des Vertrages einen verantwortlichen Ansprechpartner.
- (2) Der Auftraggeber stellt auf der Grundlage der Abfallwirtschaftssatzung und im Rahmen seiner Möglichkeiten sicher, dass die zugelassenen Behälter für Hausmüll und Papier/Pappe sowie der Sperrmüll am Abfuhrtag von den Benutzern sichtbar zur Abholung bereitgestellt

werden. Er stellt weiterhin sicher, dass die Müllfahrzeuge an den angegebenen Anlieferstellen kostenlos verwogen werden können.

- (3) Der Auftraggeber ist zentraler Ansprechpartner für den Bürger bzw. Kunden. Der Auftraggeber ist in allen Losen zuständig für die Service- und Verwaltungsfunktionen (Beratung, Entgegennahme von Kundenaufträgen im Bereich Behälterbestellungen, Entgegennahme von Sperrmüllanmeldungen).
- (4) Der Auftraggeber unterstützt den Auftragnehmer bei Bedarf bei der Erstellung bzw. Änderung des Tourenplanes.

2.2.2 DV-System des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber nutzt für seine abfallwirtschaftlichen Aufgaben die Softwarelösung ATHOS New Line in der Version 9. Die Module und Funktionalitäten, wie sie dort vorliegen, werden nachfolgend beschrieben.
- (2) Die zentrale Kunden-/Auftragsverwaltung erfolgt durch den Auftraggeber. Sämtliche Änderungen der Kundenstammdaten (z. B. Änderung der gestellten Behälter, Abfuhrhythmen usw.) werden beim Auftraggeber über die gemeinsame EDV-Umgebung gepflegt. Der Auftragnehmer kann die für die Auftragsabwicklung erforderlichen Stammdaten und die Auftragsdaten jederzeit über die EDV-Umgebung einsehen. Sämtliche Aufträge (Aufträge zur Entsorgung auf Abruf, Reklamationsaufträge, Nachholaufträge) sind ebenfalls über das EDV-System des Auftraggebers zu bearbeiten. Entsprechende Aufträge werden zum Teil beim Auftraggeber initiiert (d. h. erfasst), teilweise obliegt dies der Zuständigkeit des Auftragnehmers. Erledigte Änderungsaufträge und sonstige Aufträge sind durch den Auftragnehmer im System des Auftraggebers zu quittieren (elektronisch durch den Einsatz von mobilen Endgeräten). Ebenso werden über das System Rückmeldungen und sonstige Mitteilungen des Auftragnehmers an den Auftraggeber verwaltet (z. B. Meldungen zu defekten Behältern, Fehl-leerungen, Meldungen zu nicht satzungsgemäß bereitgestellten Abfällen, Erledigungsmeldungen zu Abholungen auf Abruf, Fotos zu Verkehrsbehinderungen und Sperrmüllbereitstellungen o. ä.). Die Leerungsdaten werden durch den Auftragnehmer ebenfalls in das System des Auftraggebers eingespielt.
- (3) Der Auftraggeber stellt dem jeweiligen Auftragnehmer für die einzelnen Lose - soweit erforderlich - eine Lizenz zur Nutzung der Software für das Behältermanagement, die Entsorgung auf Abruf und die Gebührenveranlagung (derzeit ATHOS New Line) kostenfrei zur Verfügung. Dies erfolgt über eine Terminal-Server-Anbindung.
- (4) Die Lizenzierung der Software für die zuvor beschriebenen Funktionsbausteine erfolgt durch den Auftraggeber. Der Auftragnehmer hat hierfür keine Software-Lizenzen zu erwerben. Für den Zugriff auf das System des Auftraggebers sind ergänzende Teilnehmerlizenzen für die Nutzung der Software via Terminal-Services erforderlich, die der Auftraggeber dem Auftragnehmer in der benötigten Anzahl (pro Auftragnehmer in der Regel bis zu zwei) zur Verfügung stellt. Gleiches gilt für die für den Zugriff notwendigen Token zur Authentifizierung.
- (5) Der Server sowie die Software des Auftraggebers stehen arbeitstäglich von Montag bis Donnerstag von 7.30 bis 17.00 Uhr und Freitag von 7.30 bis 13.00 Uhr zur Verfügung. Außerhalb dieser Zeiten kann eine Verfügbarkeit nicht gewährleistet werden.

2.3 Leistungen des Auftragnehmers

2.3.1 Allgemeine Anforderungen

- (1) Der Auftraggeber steht – bedingt durch den öffentlichen Auftrag „Sicherstellung der Abfallentsorgung und Gewährleistung der Entsorgungssicherheit“ – permanent im Licht der Öffentlichkeit. Ziel des Auftraggebers ist es, alle damit zusammenhängenden Aufgaben auf qualitativ hohem Niveau abzuwickeln. Dies gilt auch für den Auftragnehmer. Auftraggeber und Auftragnehmer bemühen sich um ein gutes und einheitliches Gesamterscheinungsbild in der Öffentlichkeit. Sie vertreten gemeinsam die Regelungen des jeweils gültigen Abfallwirtschaftskonzeptes des Auftraggebers. Sie vermeiden alles, was geeignet ist, um das Ansehen des jeweils anderen Vertragspartners in der Öffentlichkeit zu schädigen. Meinungsverschiedenheiten werden durch interne Abstimmung beseitigt.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei allen im Zusammenhang mit diesem Vertrag durchzuführenden Maßnahmen eine geringstmögliche Beeinträchtigung der Umwelt sicherzustellen.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sämtliche Rechtsnormen, die auf die vertragsgegenständlichen Leistungen anzuwenden sind, einschließlich untergesetzlicher Regelwerke sowie behördlicher Bestimmungen und Auflagen in ihrer jeweils gültigen Fassung zu beachten.
- (4) Ferner zu beachten sind Arbeitsschutzvorschriften, Unfallverhütungsvorschriften sowie die allgemein anerkannten sicherheitstechnischen Regeln sowie die verbindlichen Bestimmungen zum Mindestlohn in der Entsorgungswirtschaft in der jeweils gültigen Fassung. Der Auftragnehmer ist für die Erfüllung der arbeits-, sicherheitsrechtlichen und berufsgenossenschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seinem Personal allein verantwortlich.
- (5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, beim Umgang mit den im Rahmen dieses Vertrags erhaltenen Informationen und Daten die geltenden Bestimmungen bezüglich des Datenschutzes in ihrer jeweils gültigen Fassung zu beachten.
- (6) Veröffentlichungen und Bekanntmachungen im Zusammenhang mit der Abfallentsorgung und der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen werden vom Auftraggeber veranlasst. Veröffentlichungen des Auftragnehmers in öffentlich zugänglichen Medien über die vertragsgegenständlichen Leistungen sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers möglich.
- (7) Alle für die Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistung erforderlichen behördlichen Genehmigungen und Erlaubnisse sind vom Auftragnehmer zu beschaffen und über die Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten.
- (8) Die Einrichtungen und technischen Mittel zur Erbringung der angebotenen Dienstleistung (z. B. Transportfahrzeuge) müssen dem jeweiligen Stand der Technik entsprechen und diesem entsprechend betrieben werden.

2.3.2 Niederlassung

- (1) Der Auftragnehmer hat während der Vertragslaufzeit eine Niederlassung oder Betriebsstätte im Landkreis Kronach oder in dessen Nähe (Umkreis von max. 30 km um den Einwohner-schwerpunkt Stadt Kronach) zu unterhalten, von der aus er die Leistungen nach dem

zustande kommenden Vertrag erfüllen wird. Bei einer neu zu schaffenden Niederlassung ist diese im Landkreis Kronach einzurichten.

- (2) Die Niederlassung bzw. Betriebsstätte muss über einen PC mit Internetanschluss verfügen, um die Nutzung der dem Auftragnehmer vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Software sicherzustellen.

2.3.3 Projektleitung

Der Auftragnehmer benennt spätestens acht Wochen nach Zuschlagserteilung für die Laufzeit des Vertrages einen verantwortlichen Ansprechpartner mit selbständiger Entscheidungsgewalt. Der verantwortliche Ansprechpartner des Auftragnehmers bzw. dessen Vertretung muss zu üblichen Geschäftszeiten mindestens von Montag bis Freitag von 8.00 bis 16.00 Uhr durchgehend telefonisch und persönlich erreichbar sein. Der Ansprechpartner oder dessen Vertretung müssen ferner berechtigt sein, Beschwerden und Nachfragen aufzunehmen und unverzüglich abzuarbeiten bzw. für Abhilfe zu sorgen.

2.3.4 Personelle und materielle Ausstattung

- (1) Der Auftragnehmer transportiert die eingesammelten Abfälle in eigener Verantwortung und grundsätzlich in eigenen Fahrzeugen zu den jeweils dafür bestimmten Anlagen.
- (2) Die Planung und Bemessung der einzusetzenden Kapazitäten (Personal und Fahrzeuge) hat der Auftragnehmer so vorzunehmen, dass der mit der Tourenplanung abgesteckte zeitliche Rahmen eingehalten werden kann. Dabei sind ausreichende Reservekapazitäten vorzuhalten, sodass z. B. der Ausfall von Fahrzeugen sowie witterungsbedingte oder andere Erschwernisse zeitnah kompensiert werden können. Dies gilt auch für eingesetzte Spezialtechnik (Fahrzeuge mit Identifizierungstechnik, Kleinfahrzeuge etc.).

2.3.4.1 Personelle Ausstattung

- (1) Der Auftragnehmer stellt das für die Durchführung der Leistung erforderliche fachkundige Personal. Es ist sicherzustellen, dass bei der Durchführung der Leistung, d. h. bei jeder Abfuhrtour, mindestens ein Mitarbeiter eingesetzt wird, der die deutsche Sprache beherrscht (Niveau B2). Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sein Personal über alle Pflichten, die im Zusammenhang mit einer reibungslosen und ordnungsgemäßen Durchführung der Leistung stehen, ausreichend zu informieren.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, neue Mitarbeiter vor dem jeweils ersten Einsatz und vorhandenes Personal in regelmäßigen Abständen (mindestens einmal jährlich) zu schulen. Inhalt der Schulung sind die wesentlichen durch den Auftragnehmer zu beachtenden Vorgaben zur Leistungserbringung nach dieser Leistungsbeschreibung. Die Schulungen sind zu dokumentieren und durch Unterschrift der Teilnehmer zu bestätigen. Auf Verlangen sind diese Dokumentationen dem Auftraggeber vorzulegen. Der Auftraggeber bietet seine Unterstützung bei der Schulung der Mitarbeiter zu auftragsbezogenen Themen an.
- (3) In jährlich (bei Bedarf – z. B. in der Einführungsphase – auch häufiger) abzuhaltenden und zu protokollierenden Gesprächen zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer werden die Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten bei der Leistungserbringung besprochen. Im Ergebnis werden konkrete Zielvereinbarungen zur ständigen Verbesserung der

Leistung getroffen. Die Vereinbarungen und deren Durchführung werden Bestandteil des Vertrages.

- (4) Im Kontakt mit dem Bürger verhalten sich die Mitarbeiter des Auftragnehmers unter allen Umständen höflich und korrekt. Probleme werden dem Bürger nachvollziehbar erläutert. Unnötige Konflikte sind zu vermeiden. Die Annahme von Vergünstigungen oder Geschenken durch den Auftragnehmer oder dessen Bedienstete bzw. Beauftragte ist nicht gestattet.
- (5) Das Abfuhrpersonal ist mit einer ordentlichen, den Arbeitsbedingungen angepassten Arbeitskleidung auszustatten.

2.3.4.2 Allgemeines zur Fahrzeugausstattung

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Einsammlung und eines ordnungsgemäßen Transports der Abfälle die notwendigen technischen Voraussetzungen zu treffen, die erforderlichen Sammelfahrzeuge anzuschaffen und bereitzustellen, diese an der für die Leistungserbringung einzurichtenden Niederlassung bzw. Betriebsstätte vorzuhalten und für die ausgeschriebenen Leistungen einzusetzen.
- (2) Die Fahrzeuge sind über die Vertragslaufzeit in einem technisch und optisch einwandfreien Zustand zu halten. Die eingesetzten Fahrzeuge müssen hinsichtlich der Emissionen der Schadstoffklasse VI der EU-Abgasnorm entsprechen. Darüber hinaus ist die Fahrzeugflotte sukzessive den steigenden Umweltaanforderungen anzupassen. In Bezug auf die Lärmbelastung sind lärmreduzierende Techniken einzusetzen. Die Anforderungen der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. BImSchV) sind zu beachten.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seinen Fuhrpark so auszurichten, dass er jederzeit in der Lage ist, die öffentliche Abfallentsorgung im Landkreis gemäß seinen vertraglichen Pflichten sicherzustellen.
- (4) Die Entleerung der Behälter bzw. die Sammlung des Sperrmülls wird nur mit einem konventionellen Heckladesystem zugelassen. Ein-Mann-Ladesysteme und Seitenladersysteme werden nicht zugelassen. Der Einsatz von Detektionssystemen ist nicht vorgesehen.
- (5) Die Fahrzeuge müssen mit Abbiegeassistenten und einer 3D-Rückfahrkamera oder einem vergleichbaren Sicherheitssystem ausgestattet sein.
- (6) Der Auftragnehmer hält für alle Fahrzeuge Winterausrüstung, insbes. Schnellmontage-Schneeketten und/oder Wurf- bzw. Schleuderketten vor und führt diese bei Bedarf auch mit. Er sorgt dafür, dass diese bei schwierigen Wetterverhältnissen aufgezogen werden, um eine möglichst zeitnahe Abfuhr zu ermöglichen.
- (7) Während der Abfuhr müssen die im Einsatz befindlichen Fahrzeuge bzw. Fahrzeugbesatzungen per Mobiltelefon oder über vergleichbare Kommunikationseinrichtungen ständig erreichbar sein. Die Telefonnummern sind dem Auftraggeber auf Anforderung mitzuteilen. Jedes Fahrzeug muss zur Fotodokumentation mit einer betriebsbereiten Digitalkamera (oder ähnlichem) ausgestattet sein.
- (8) Alle eingesetzten Fahrzeuge müssen stets ein optisch sauberes Erscheinungsbild aufweisen und sind entsprechend den witterungsbedingten Gegebenheiten vor dem Einsatz außen zu reinigen. Die Fahrzeugausrüstung ist zur Sicherstellung einer hohen Verfügbarkeit einer regelmäßigen Wartung und Pflege zu unterziehen.

- (9) Werbung auf den eingesetzten Sammelfahrzeugen ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Ausgenommen ist Eigenwerbung auf den Fahrzeugen des Auftragnehmers.
- (10) Art und Umfang der einzusetzenden und für den Einsatzzweck geeigneten Fahrzeugtechnik sind grundsätzlich vom Auftragnehmer zu bestimmen, sofern im Rahmen der vorliegenden Leistungsbeschreibung keine diesbezüglichen Einschränkungen gemacht werden. Die strukturellen sowie straßen- und verkehrstechnischen Gegebenheiten sind dabei vom Auftragnehmer nach eigenem Ermessen zu berücksichtigen. Die im Entsorgungsgebiet vorhandenen leistungserschwerenden Faktoren (wie z. B. Verkehrssituation, Ortsdurchfahrten, Gewichts- oder Durchfahrtsbeschränkungen bei Straßen und Brücken, Straßenbreiten, Höhen- und Hanglagen) sind zu beachten. Die Fahrzeuge müssen auch ein Befahren von Bereichen ermöglichen, in denen Verkehrsbeschränkungen bestehen. Der Auftragnehmer hat auch dafür zu sorgen, dass die eingesetzten Fahrzeuge so gekennzeichnet werden, dass die Sonderrechte nach der Straßenverkehrsordnung in Anspruch genommen werden können, soweit dies für die Abfuhr notwendig ist.
- (11) Mit den zum Einsatz kommenden Fahrzeugen muss es jederzeit möglich sein, die Leistung an allen befahrbaren Straßen und Wegen, insbesondere auch an schwer zugänglichen Straßen, Wegen und Einzelanwesen zu erbringen. Der Auftragnehmer hat dabei auch mit engen und niedrigen Durchfahrten, Stichstraßen, gewichtsbeschränkten Brücken und schlecht befestigten Wegen zu rechnen.
- (12) Besonders schwierige Straßenverhältnisse sind bei den in Anlage 3 genannten Anwesen zu erwarten. Diese Auflistung (ca. 425 Anwesen) ist nicht abschließend, sondern gibt den derzeitigen Kenntnisstand wieder. Für die Kalkulation ist davon auszugehen, dass bis zu 500 Anwesen unter diese Kategorie fallen und mit dem vereinbarten Entgelt abgedeckt sind. Für diese Anwesen sind vom Auftragnehmer für das jeweilige Los die ausgeschriebenen Leistungen ebenfalls zu erbringen. Dabei können für die Anfahrt dieser Anwesen in Absprache mit dem Auftraggeber abweichende Regelungen getroffen werden (z. B. Einsatz eines kleineren Müllfahrzeuges, Einrichtung einer gesonderten Abholtour für Restmüll und Papier/Pappe, abweichende Abholtermine für Sperrmüll). Bei der Beschaffung eventuell erforderlicher Befahrbarkeitsgestattungen oder Ausnahmeregelungen für das Befahren der (nicht-öffentlichen) Zufahrtswege zu diesen Anwesen ist der Auftraggeber behilflich. Weitere Einzelheiten dazu finden sich in der Systembeschreibung zu den einzelnen Losen. Die vorgesehene Lösung für die Bedienung dieser sogenannten Sonderanwesen ist für das jeweils angebotene Los umfassend zu beschreiben und mit dem Angebot vorzulegen.

2.3.5 Reklamationen durch Dritte und durch den Auftraggeber, Nacherfüllung

- (1) Bürger können sich direkt an den Auftragnehmer wenden, um Reklamationen bzw. Mängel anzuzeigen.
- (2) Anfragen sowohl von Bürgern als auch des Auftraggebers wegen Reklamationen, die beim Auftragnehmer eingehen, sind schlüssig und nachvollziehbar nach bestem Wissen zu beantworten.

Die Beantwortung der Reklamationen hat am gleichen Tag zu erfolgen, sofern die Reklamationen am Vormittag (bis 12.00 Uhr, Montag bis Freitag) beim Auftragnehmer eingehen. Die Beantwortung von Reklamationen, die nach 12.00 Uhr beim Auftragnehmer eingehen, hat am folgenden Werktag (Montag bis Freitag) bis spätestens 12.00 Uhr zu erfolgen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, unabhängig von der Verschuldensfrage, Leistungsstörungen selbständig und unverzüglich abzuhelpfen und dem Auftraggeber das Ergebnis mitzuteilen, auf dessen Wunsch auch schriftlich.

- (3) Bei vorübergehenden (nicht den gesamten Abfuhrtag andauernden) Störungen (z. B. zu schmale Durchfahrtsbreite wegen parkender Fahrzeuge, kurzzeitig durch Bauarbeiten bedingte Straßensperrungen oder –verengungen) ist eine zweite Anfahrt noch am selben Tag vorzunehmen.
- (4) Sind Behälter nicht ordnungsgemäß bereitgestellt, hat der Auftragnehmer nach den jeweils gültigen verbindlichen Vorgaben des Auftraggebers zu handeln. Im Falle der Nichtleerung eines nicht ordnungsgemäß bereitgestellten Behälters ist der Bürger nach vorheriger Information des Auftraggebers vom Auftragnehmer über die Ursache der Nichtleerung mittels eines schriftlichen, am Behälter angebrachten Hinweises in Kenntnis zu setzen. Die Art des Hinweises wird vom Auftraggeber festgelegt (Aufkleber, Formblatt o. ä.). Die nötigen Materialien hierfür stellt der Auftragnehmer zur Verfügung.
- (5) Ordnungsgemäß bereitgestellte Behälter, die nicht oder nicht vollständig geleert wurden, sind unabhängig von der Frage des Verschuldens vom Auftragnehmer möglichst noch am gleichen Tag, spätestens jedoch bis zum Ablauf des zweiten Werktages, nachzuleeren. Ein Anspruch auf zusätzliche Vergütung für diese Leistung über die Einheitspreise des Angebotes hinaus besteht nicht. Der Auftragnehmer kann die Nachleerung nicht geleerter oder nicht vollständig entleerter ordnungsgemäß bereitgestellter Behälter nicht wegen der Unverhältnismäßigkeit der Kosten einer gesonderten Entleerung ablehnen.
- (6) Gleiches gilt für ordnungsgemäß bereitgestellten Sperrmüll, wobei die Abholung spätestens am auf den festgesetzten Abfuhrtag folgenden Werktag zu erfolgen hat.
- (7) Sind Straßen oder Straßenzüge aus zwingenden Gründen trotz der Verpflichtung des Auftragnehmers, die Bedienung auch eingeschränkt befahrbarer Straßen zu gewährleisten, mit den Abfuhrfahrzeugen nicht nur kurzzeitig (d. h. über den Abfuhrtag hinaus) nicht befahrbar (z. B. aufgrund von Straßenbaumaßnahmen), so gelten die Behälter bzw. Materialien als ordnungsgemäß bereitgestellt, die rechtzeitig an die nächste befahrbare Straße gestellt sind.
- (8) Im Übrigen wird auf die Bestimmungen der Abfallwirtschaftssatzung sowie auf die gesetzlichen Bestimmungen verwiesen.

2.3.6 Leistungsstörungen und informationspflichten

- (1) Störungen in der Abfallentsorgung, die dazu führen, dass die Leistungen durch den Auftragnehmer nicht ordnungsgemäß und/oder rechtzeitig erbracht werden können, sind dem Auftraggeber unabhängig von Art und Ursache unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, unverzüglich und auf eigene Kosten Abhilfe zu schaffen, sofern der Grund für die Hinderung in seinem Verantwortungsbereich liegt. Über die betreffenden Maßnahmen ist der Auftraggeber ebenfalls unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber über alle für die Erfüllung des Vertrages wesentlichen Umstände wie z. B. technische und sonstige Störungen, Unfälle usw. unverzüglich zu informieren. Der Auftragnehmer hat insbesondere Unfälle, bei denen Personen- oder Sachschäden entstanden sind, unverzüglich mündlich und innerhalb von zwei Werktagen noch einmal schriftlich mitzuteilen.

- (3) Im Falle einer Leistungsstörung bei der Abfuhr und der Abholung auf Abruf sind die hiervon betroffenen Bürger vom Auftragnehmer über die Ursache der Störung mittels eines am Leistungsort zurückgelassenen schriftlichen Hinweises (z. B. durch Einwurf in den Briefkasten) in Kenntnis zu setzen. Der Inhalt der Hinweise ist vor Leistungsbeginn mit dem Auftraggeber abzustimmen. Die benötigten Materialien sind vom Auftragnehmer zu stellen.
- (4) Bei länger andauernden Leistungsstörungen (Baumaßnahmen o. ä.) werden die betroffenen Anschlussnehmer über Abhilfemaßnahmen (z. B. über geänderte Abfuhrzeiten oder Bereitstellungsorte) informiert, dies geschieht in der Regel durch den Auftraggeber bzw. den Verursacher der Störung (Gemeinde, Bauherr, Bauunternehmen etc.). Bei längerdauernden Störungen kann ausnahmsweise auch eine teilweise oder vollständige Nachholung einer Tour am dem Abfuhrtag folgenden Samstag erfolgen. Dies ist im Einzelfall zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer abzusprechen.
- (5) Die Leistungsstörungen sind zu dokumentieren. Für die Fotodokumentation in Los 3 wird das entsprechende Modul der vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Software genutzt.

2.3.7 Kontrollrecht und Weisungsbefugnis

- (1) Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber und einem von ihm beauftragten Dritten ein Kontrollrecht bezüglich der ordnungsgemäßen Leistungserbringung ein. Dem Auftraggeber bzw. dem von ihm beauftragten Dritten ist es zu diesem Zweck gestattet, die Grundstücke und Anlagen des Auftragnehmers und ggf. seiner Unterauftragnehmer zu betreten und zu besichtigen. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber auf Anfrage alle Auskünfte erteilen, die mit der Erfüllung dieses Vertrages im Zusammenhang stehen. Dabei ist vom Auftragnehmer auch Einsicht in Dokumente, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehen, zu gewähren.
- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, dem Auftragnehmer, und in Eilfällen auch dessen Bediensteten, zur Ausführung des Vertrages Weisungen zu erteilen. Die Anweisungen dürfen für den Auftragnehmer nicht unzumutbar sein. Werden Anordnungen mit fortdauernder Wirkung getroffen, so sind diese dem Auftragnehmer alsbald schriftlich festzulegen. Bei Eilbedürftigkeit genügt zunächst eine mündliche Anordnung. Diese ist jedoch innerhalb einer Woche schriftlich zu bestätigen.

2.3.8 Dokumentation

Dem Auftraggeber sind alle Informationen, die die Durchführung der Leistungen des Auftragnehmers betreffen, in der gewünschten Form zur Verfügung zu stellen. Hierunter fällt insbesondere ein ausführlicher Abfuhr- und Tourenplan, welcher die Abfuhrtouren nach Ort, Straße, Tag und Uhrzeit auf 30 Minuten genau wiedergibt.

2.3.9 Anbindung an EDV-Systeme des Auftraggebers

2.3.9.1 Zugang für den Auftragnehmer

- (1) Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer einen Zugriff auf das EDV-System des Auftraggebers zur Verfügung. Dieses ist über eine Terminal-Server-Anbindung für die Durchführung der Leistung zu nutzen. Der Auftragnehmer kann über diese Anbindung auf dem System des

Auftraggebers arbeiten und erhält Zugriff auf alle Softwarefunktionen, die benötigt werden, um der geforderten Nutzung der Software des Auftraggebers nachkommen zu können.

- (2) Der Auftragnehmer nutzt auf dem EDV-System des Auftraggebers die erforderliche Software unter anderem
 - zum Aufspielen und Auswerten von Leerungsdaten,
 - zur Auftragsverwaltung/Auftragsabwicklung (Behälteraufträge, Nacharbeitsaufträge),
 - zur Auftragsverwaltung/Auftragsabwicklung von Sperrmüll auf Abruf,
 - zur Reklamationsbearbeitung.
- (3) Sollte der Auftragnehmer weitere Komponenten (z. B. Regeltourenplanung) nutzen wollen, ist der Auftraggeber bereit, für die entsprechenden Komponenten die Lizenzierung, die Integration in das EDV-System des Auftraggebers sowie die zugehörige Systempflege gegen Kostenerstattung seitens des Auftragnehmers zu beauftragen.
- (4) Die für die Durchführung der elektronischen Quittierung von Aufträgen (elektronisch über mobile Endgeräte) erforderliche Ausstattung (inkl. Geräteersatz, Wartung etc. für die Vertragslaufzeit) muss der Auftragnehmer selbst beschaffen. Die Geräte greifen auf einen WEB-Service der Fa. Axians Athos zu. Beim Auftraggeber läuft ein Server, der per Telematikimport die Daten vom Server der Fa. Axians Athos abholt. Die mobilen Endgeräte müssen mit dem WEB-Service der Fa. Axians Athos kompatibel sein. Der Auftraggeber beschafft die für die Nutzung notwendigen Lizenzen und stellt diese jeweils im benötigten Umfang zur Verfügung.

2.3.9.2 Benötigte DV-Ausstattung beim Auftragnehmer

- (1) Nachfolgende DV-technische Ausstattung ist vom Auftragnehmer für die Nutzung der Software beim Landkreis via Terminal Services bereitzustellen:
 - PC(s) mit folgenden Leistungsmerkmalen
 - Prozessor mit 2 GHz oder schneller
 - RAM mindestens 4 GB
 - Festplatten: freie Netto-Kapazität mindestens 50 GB
 - Betriebssystem Microsoft Windows 10
 - aktuelle Sicherheitssoftware (Virenschutz, Firewall)
 - Monitor: Standard-Monitor mindestens 22" (Auflösung: 1920 x 1080)
 - Drucker: marktgängiger Schwarz-Weiß-Laserdrucker mit für das verwendete Betriebssystem eingerichteten Druckertreibern
 - Kommunikation: Internet-Zugang
- (2) Für die Nutzung der Terminal-Services ist die Installation folgender Softwareprodukte, die vom Auftraggeber gestellt werden, erforderlich:
 - VPN-Tunnel mit 2-Faktor-Authentifizierung
 - Parallels RAS-Client
- (3) Die Kosten für die Bereitstellung des/der PC (Hardware, Betriebssystem, Drucker) einschließlich der Bereitstellung eines Internet-Zugangs beim Auftragnehmer für den Zugang zum EDV-System des Auftraggebers via Terminal-Services trägt der Auftragnehmer. Dieses schließt die Kosten für die Einrichtung des/der PC beim Auftragnehmer für den Zugriff auf das EDV-System des Auftraggebers via Terminal-Services mit ein. Der Auftragnehmer hat

die hierfür anfallenden Kosten in seiner Angebotskalkulation entsprechend zu berücksichtigen.

- (4) Um sichere und effiziente Arbeitsabläufe bei der Nutzung des EDV-Systems des Auftraggebers zu gewährleisten, ist es erforderlich, die betreffenden Mitarbeiter des Auftragnehmers im Rahmen einer mindestens 1-tägigen Anwenderschulung durch den Systemanbieter einzuweisen. Die Kosten für die erforderliche Einweisung/Schulung des Personals des Auftragnehmers in die Nutzung der Software trägt der Auftragnehmer; sie sind in der Angebotskalkulation entsprechend zu berücksichtigen.

2.3.9.3 Datenschutz

Die sich aus der Aufgabenwahrnehmung des Auftragnehmers ergebenden datenschutzrechtlichen Anforderungen und Pflichten des Auftragnehmers werden im Rahmen ergänzender Vereinbarungen zur Auftragsdatenverarbeitung geregelt. Die zu regelnden Anforderungen und Pflichten ergeben sich aus der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und zielen insbesondere auf

- Gegenstand und Umfang der Datenverarbeitung,
- die notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen gemäß DSGVO,
- die Befugnis etwaiger Unterauftragsverhältnisse
- sowie die Weisungsbefugnis des Auftraggebers.

2.3.9.4 Datenübertragung

- (1) Über das EDV-System des Auftraggebers werden u. a. folgende Daten zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber ausgetauscht bzw. übertragen:

vom Auftragnehmer zum Auftraggeber:

- Leerungsdaten (Tour-Nummer, Fahrzeugkennzeichen, Transpondernummer, Datum und Uhrzeit der Leerung, Geo-Koordinaten)
- Telematikdaten aus den Fahrzeugen
- Sonderdatensätze über die Auslösung der Schüttungssperre
- Sonderdatensätze über Eingaben am Schüttungsterminal oder am Bordcomputer, z. B. zu besonderen Vorkommnissen bei der Abfuhr
- Auftragsquittierungen (z. B. Sperrmüll auf Abruf, Sonderleerungen)
- Reklamationen

- (2) Es ist sicherzustellen, dass bei der Übertragung von Daten zwischen Bordcomputer und operativer Software verloren gegangene Datensätze wiederhergestellt oder nochmals abgerufen werden können. Dazu müssen die Daten von 30 Arbeitstagen im Bordcomputer des Sammelfahrzeugs gespeichert werden und erneut abgerufen werden können.

vom Auftraggeber zum Auftragnehmer:

- die aktuelle „Schwarze Liste“
- Sperrmüllaufträge
- Reklamationen

- (3) Eine separate Behälterdatenbank für die obengenannten Daten (außerhalb des EDV-Systems des Auftraggebers) wird aus Gründen des Erfordernisses der Redundanzfreiheit vom Auftraggeber nicht akzeptiert.

2.3.10 Durchführung der Abfuhr

2.3.10.1 Allgemeine Anforderungen

- (1) Die Abfuhr soll grundsätzlich um 7.00 Uhr beginnen und in der Regel bis 18.00 Uhr beendet sein. Einen früheren Arbeitsbeginn (frühestens aber 6.00 Uhr) hat der Auftragnehmer mit dem Auftraggeber abzustimmen. Dafür kann eine Ausnahme nach der 32. BImSchV notwendig sein; diese hat der Auftragnehmer einzuholen.
- (2) Die Behälter sind schonend und sorgfältig zu behandeln. Die Schüttungen sind so einzurichten bzw. einzustellen, dass eine Beschädigung der Behälter während des Leerungsvorgangs vermieden wird. Verschleißteile an der Schüttung, welche der Schonung der Behälter beim Entleerungsvorgang dienen, sind regelmäßig zu wechseln.
- (3) Beschädigte Behälter sind dem Auftraggeber zu melden.
- (4) Behälter, die in das Sammelfahrzeug gefallen sind oder sonst während der Sammeltour beschädigt wurden oder verloren gegangen sind, sind dem Auftraggeber zu melden. Der Bürger ist über einen entsprechenden Hinweiszettel zu informieren.
- (5) Dem Auftraggeber ist unverzüglich zu melden, wenn Anwesen nicht angefahren werden können (z. B. wegen vorher nicht bekannter Bauarbeiten, unvorhergesehener Straßensperrungen etc.).
- (6) Bei längerfristigen Verkehrsbehinderungen (z. B. durch Straßenbaustellen) erfolgt durch den Auftraggeber die notwendige Öffentlichkeitsarbeit bzw. Information der Betroffenen, um eine ordnungsgemäße Abfuhr zu gewährleisten. Zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer besteht in diesen Fällen eine gegenseitige Informationspflicht.
- (7) Kommt es wegen extremer Witterungsereignisse bzw. großer Baumaßnahmen zum Ausfall von Touren oder Teilen einer Tour, ist dies dem Auftraggeber umgehend mitzuteilen. Die ausgefallene Abfuhr ist möglichst in derselben Woche (ggf. auch am Samstag) nachzuholen, spätestens und unverzüglich jedoch dann, wenn die Straßenverhältnisse ein Befahren wieder zulassen.
- (8) Sämtliche Unregelmäßigkeiten (z. B. unzulässige Bereitstellungen oder Befüllungen, Nichterreichbarkeit von Anwesen aufgrund von Baumaßnahmen oder Witterungsereignissen etc.), die bei der Abfuhr auftreten, sind durch das Ladepersonal bzw. den Fahrer zu dokumentieren. Bei Bedarf ist der Grund der Nichtleerung bzw. das eingetretene Ereignis bildlich zu dokumentieren. Die Informationen sind dem Auftraggeber unverzüglich zu übermitteln.

2.3.10.2 Behälterbereitstellung zur Leerung und Behälterstandplätze

- (1) Vom Auftragnehmer sind alle Behälterstandplätze anzufahren, deren Zuwegung den geltenden berufsgenossenschaftlichen Vorgaben entspricht. Außerdem sind Behälterstandplätze insbesondere in älteren Baubeständen unter Beachtung der hierfür vorgesehenen berufsgenossenschaftlichen Vorgaben auch unter erschwerten Bedingungen anzufahren (z. B. Einweisung beim Rückwärtsfahren).
- (2) Leistungen im Zusammenhang mit der Behälterentleerung bzw. der Sperrmüllabholung, die vom Auftragnehmer über einen längeren Zeitraum in einer bestimmten Form gewohnheitsmäßig erbracht wurden, dürfen nicht ohne Zustimmung des Auftraggebers geändert werden.

Dies betrifft insbesondere die Art und Weise, wie und wo die Abfallbehälter bzw. der Sperrmüll vom Bürger zur Leerung bereitgestellt und wie die Behälter nach der Leerung zurückgestellt werden sowie die Abfuhrzeiten. Wenn bei neu hinzukommenden Grundstücken oder bei bereits angeschlossenen Grundstücken keine Einigkeit darüber herrscht, wo die Behälter oder der Sperrmüll bereitzustellen sind, versucht der Auftragnehmer, mit dem betroffenen Bürger eine einvernehmliche Lösung zu finden. Ist dies nicht möglich, bestimmt der Auftraggeber für beide Seiten verbindlich den Bereitstellungsort für die Behälter bzw. den Sperrmüll.

- (3) Wenn Objekte nur unter Schwierigkeiten anfahrbar sind, bauliche Maßnahmen an Zufahrten zu bestehenden Objekten die Verkehrssituation dauerhaft verändern oder wenn aus anderen Gründen keine Einigkeit darüber herrscht, wo die Behälter bereitzustellen sind, versucht der Auftragnehmer im Einvernehmen mit dem Bürger eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden. Gelingt dies nicht, entscheidet der Auftraggeber im Benehmen mit dem Auftragnehmer für beide Seiten verbindlich über den Bereitstellungsort.
- (4) Können Behälterstandplätze nicht angefahren werden (z. B. Straße nicht geräumt, Zufahrt zugeparkt, Baustellen) ist am selben Tag nach 2 Stunden (oder später) ein zweiter Anfahrversuch zu unternehmen. Bei Behinderung durch verkehrswidrig geparkte Fahrzeuge kümmert sich der Auftragnehmer selbständig um Abhilfe. Verkehrswidrig geparkte Fahrzeuge befreien nicht von der Verpflichtung zur Leerung der Behälter am Grundstück.

2.3.10.3 Durchführung der Leerung

- (1) Der Auftragnehmer entleert die am jeweiligen Grundstück oder Standplatz bereitgestellten Behälter entsprechend dem Tourenplan in seine Fahrzeuge. Die zugelassenen Abfallsäcke sind ebenfalls mit einzusammeln und in die Fahrzeuge zu verladen. Gleiches gilt für den ordnungsgemäß bereitgestellten Sperrmüll.
- (2) Der Tourenplan bzw. die Abfuhereinteilung in der von Auftragnehmer und Auftraggeber einvernehmlich festgelegten Fassung (vgl. Ziffer 2.1.2) sind verbindlich einzuhalten; die jeweilige Tour ist an dem in der Tourenplanung festgelegten Tag zu fahren. Es bedarf keiner Mahnung, um den Auftragnehmer in Verzug zu setzen.
- (3) Sofern der Auftragnehmer im Rahmen seiner Touren ordnungsgemäß bereitgestellte Behälter übersehen hat und dies der betroffene Bürger reklamiert, so hat der Auftragnehmer diese Abfallbehälter zeitnah, d. h. möglichst am selben Tag, jedoch spätestens am nächsten Werktag, nachzuleeren.
- (4) Für die für die Abholung von Sperrmüll im System auf Abruf festgesetzten Termine gilt die vorstehende Regelung sinngemäß. Die Tour ist am festgelegten Tag zu fahren. Es bedarf keiner Mahnung, um den Auftragnehmer in Verzug zu setzen.
- (5) Die Leerung der Behälter sowie die Einsammlung des Sperrmülls sind sorgfältig und fachgerecht unter Beachtung aller gültigen gesetzlichen Bestimmungen und untergesetzlichen Normen durchzuführen. Insbesondere sind die Bestimmungen zum Schutz Dritter vor Geruchs-, Lärm-, Staubemissionen und sonstigen Belästigungen, Behinderungen und Gefährdungen zu beachten.
- (6) Die Behälter sind grundsätzlich von dem nach § 15 Abs. 8 AWS vorgeschriebenen Bereitstellungsort zu leeren. Sie sind an den Platz zurückzustellen, an dem sie der Bürger ordnungsgemäß bereitgestellt hat. Wenn dies nicht möglich ist, sind die Behälter mit geschlossenem Deckel dahin zurückzustellen, wo sie die geringstmögliche Beeinträchtigung darstellen. Die Rückstellung der geleerten Behälter muss in jedem Fall verkehrssicher und mit

- geringster Beeinträchtigung für andere Verkehrsteilnehmer erfolgen (z. B. bei Gehsteigen, Einfahrten).
- (7) 1.100l-Behälter von Großanfallstellen sind teilweise von ihrem gewöhnlichen Standplatz abzuholen und bis zu 15 m zum Fahrzeug zu ziehen sowie nach der Leerung wieder an den gewöhnlichen Standplatz zurückzustellen.
- (8) Aus dem Sammelfahrzeug austretende Abfälle sind vom Auftragnehmer unverzüglich in geeigneter Weise zu beseitigen. Bei der Leerung verschütteter oder verwehelter Abfall ist sofort aufzunehmen und dem Sammelfahrzeug zuzuführen.
- (9) Ebenso ist der Sperrmüll vom nach § 14 Abs. 5, § 15 Abs. 8 AWS bestimmten Bereitstellungsort abzuholen und in das Sammelfahrzeug zu verladen.
- (10) Die Behälter sind immer mit der Schüttvorrichtung zu leeren; sie sind dabei schonend zu behandeln. Nicht vollständig geleerte Behälter sind durch einen zweiten Schüttvorgang nachzuleeren. Wenn der Behälter trotzdem mit vertretbarem Aufwand nicht vollständig geleert werden kann, weil der Inhalt z. B. festgefroren oder eingepresst ist, ist der Behälter durch den Auftragnehmer mit einem entsprechenden schriftlichen Hinweis zu versehen. Die Art des Hinweises wird vom Auftraggeber festgelegt. Die benötigten Materialien sind vom Auftragnehmer zu stellen.
- (11) Der Behälterinhalt ist vom Abfuhrpersonal stichprobenartig auf unzulässige Inhaltsstoffe zu kontrollieren. Wird ein unzulässiger Inhaltsstoff festgestellt, ist vom Auftragnehmer ein aussagekräftiger schriftlicher Hinweis darauf am Behälter anzubringen. Behälter mit unzulässigen Inhaltsstoffen sind von der Leerung ausgeschlossen.
- (12) Ebenso ist der bereitgestellte Sperrmüll zu kontrollieren. Standardfälle sind eigenverantwortlich abzuarbeiten. Werden ein unzulässiger Bestandteil oder eine Mengenüberschreitung oder ähnliches festgestellt, ist der Sperrmüll im zulässigen Umfang mitzunehmen. Der Auftraggeber ist über die Feststellungen und die Vorgehensweise des Auftragnehmers zu unterrichten. In unklaren Fällen kann die Vorgehensweise vor dem Aufladen des Sperrmülls mit dem Auftraggeber abgesprochen werden.
- (13) Grundstücke mit unzureichendem Behältervolumen (z. B. häufig Bereitstellung mit offenem Deckel, zusätzliche Bereitstellung von Abfall lose oder in nicht zugelassenen Behältern) oder nicht angeschlossene Grundstücke (bei denen z. B. Behälter ohne Transponder oder ohne lesbaren Transponder bereitgestellt werden) sind dem Auftraggeber zu melden.
- (14) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Abfallbehälter, die nach der Abfallwirtschaftssatzung des Auftraggebers nicht zugelassen sind, unentleert zu lassen. Dies gilt auch für überfüllte Abfallbehälter mit nicht geschlossenem Deckel. Das Abfuhrpersonal hat dem Grundstückseigentümer den Grund der Beanstandung auf geeignete Weise, z. B. durch Anbringen eines Hinweises am Behälter, bekanntzugeben. Die Art des Hinweises wird vom Auftraggeber festgelegt. Die benötigten Materialien sind vom Auftragnehmer zu stellen.
- (15) Nicht ordnungsgemäß bereitgestellte Behälter sind nicht zu entleeren. Dies gilt für
- Behälter ohne oder ohne lesbaren Transponder (nur Los 1)
 - in der sogenannten Schwarzen Liste gesperrte Behälter (nur Los 1)
 - Behälter ohne weißen Barcodeaufkleber an der Rumpfseite (nur Los 2)
 - nicht zugelassene Behälter
 - nicht am Rand der nächsten befahrbaren öffentlichen Straße bereitgestellte Behälter

- Behälter, die so schwer sind, dass sie nicht mit zumutbarem Aufwand geleert werden können
 - überfüllte Behälter mit nicht geschlossenem Deckel
 - Behälter, in die der Inhalt eingepresst ist
 - in erheblichem Umfang falsch befüllte Behälter
- (16) Abfälle, die außerhalb der satzungsgemäß zugelassenen Behälter oder neben den Behältern in zusätzlichen Gefäßen bereitgestellt werden, sind grundsätzlich nicht zu entsorgen. Ausnahmen können vom Auftraggeber im Einzelfall zugelassen werden.
- (17) Zusätzlich oder einzeln bereitgestellte Abfallsäcke, soweit sie vom Auftraggeber zugelassen sind (Volumen 70 l, Farbe blau oder grün, Aufdruck: „Müllsack Landkreis Kronach“), sind mit abzufahren. Lose oder in nicht zugelassenen Behältern zusätzlich bereitgestellter Abfall ist nicht mit abzufahren.
- (18) Zusätzlich (an anderen Anwesen als vom Auftraggeber per Anmelde-Liste übermittelt) bereitgestellter Sperrmüll ist nicht mit abzuholen. Entsprechende Fälle sind dem Auftraggeber zu melden.
- (19) Im Abfall gefundene Wertgegenstände sind dem Auftraggeber zu übergeben.
- (20) Die Transponder an den Behältern sind bei der Leerung der Behälter zu identifizieren. Jede Leerung eines Behälters ist durch das System zu erfassen. Die Mitnahme von satzungsgemäß bereitgestellten Sammelsäcken ist im System manuell während der Abfuhr (z. B. durch einen Handstückzähler) zu dokumentieren. Die Daten der Identifizierung sind zu speichern und arbeitstäglich an den Auftraggeber zu übermitteln. Nähere Ausführungen zur Identifizierungstechnik an den Fahrzeugen finden sich unter Ziffer 2.4.1.3.

2.4 Systembeschreibung

2.4.1 Einsammlung und Beförderung von Hausmüll vierzehntäglich alternierend mit Identifizierung der Behälter und Übergabe der Identdaten (Los 1)

2.4.1.1 Behältergrößen und -anzahlen

- (1) Für die Abfuhr von Hausmüll sind graue Restmüllbehälter zugelassen. Die Restmüllbehälter werden den Anschlusspflichtigen vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt.
- (2) Es sind Müllgroßbehälter mit einem Volumen von 80 l, 120 l, 240 l und 1.100 l im Einsatz. Die Behälter sind mit Transpondern und Barcodeaufklebern versehen, aus denen die Zuordnung zu den angemeldeten Objekten ersichtlich ist.
- (3) Des Weiteren können für Restmüll vom Landkreis Kronach zugelassene Säcke mit einem Volumen von 70 l bereitgestellt werden. Dies wird zum einen praktiziert bei Grundstücken, die nicht mit den üblicherweise eingesetzten Müllfahrzeugen angefahren werden können (ca. 30 sogenannte Sackabfuhranwesen – siehe Anlage 4); hier werden Sammelplätze für die Bereitstellung der Säcke genutzt. Zum anderen geschieht dies in Fällen, in denen im Einzelfall das vorhandene Behältervolumen nicht ausreicht.
- (4) Zahlenangaben zu den bereitgestellten Behältern und Müllsäcken finden sich unter Ziffer II.3. Unter Ziffer II.2 sind die in den letzten Jahren angefallenen Mengen an Hausmüll aufgelistet.

- (5) Anzufahren sind alle Grundstücke, bei denen Behälter bereitgestellt werden, auch die unter Ziffer 2.3.4 Absatz 12 genannten Sonderanwesen.
- (6) Die Behälterverwaltung und der Behälteränderungsdienst werden vom Auftraggeber selbst durchgeführt. Sie sind nicht Bestandteil der Ausschreibung.

2.4.1.2 Fahrzeuge

Auf die Ausführungen unter Ziffer 2.3.4.2 wird verwiesen.

2.4.1.3 Identtechnik und Fahrzeugausrüstung

- (1) Die im Landkreis bereitgestellten Behälter sind mit Transpondern ausgestattet und mit dauerhaft lesbaren Etiketten (Barcode-Aufkleber) versehen. Über Transponder und Barcode-Aufkleber sind die Behälter den einzelnen Objekten eindeutig zugeordnet.
- (2) Im Landkreis Kronach kommen Transponder zum Einsatz, die den Vorgaben des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) entsprechen.
 - Speicherarchitektur: Read Only
 - Frequenz: 134,2 kHz
 - Bitstruktur: ISO-Format, EN 14803
 - Datenübertragung: FDX (Vollduplex-Verfahren)
- (3) Die für die Entleerung der Restabfallbehälter einzusetzenden Fahrzeuge sind mit entsprechenden Leseeinrichtungen zur einwandfreien Identifikation der in den Restmüllbehältern enthaltenen Transponder auszustatten.
- (4) Die Fahrzeugausrüstung umfasst folgende Komponenten:
 - Bedieneinheit (Bordcomputer) im Führerhaus
 - Identifizierungseinheit an der Schüttung
 - geeignete Übertragungsmöglichkeiten über eine entsprechende Telekommunikationseinrichtung (z. B. Datenfunk, GPRS o. ä.)
 - Speichermöglichkeiten für die Leerungsdaten und die Behälterliste (Schwarze Liste) sowie Sonderereignisse auf dem Fahrzeug
- (5) Das System muss weitestgehend vollautomatisch und ohne zusätzliche Bedieneingaben arbeiten können. Bedienhandlungen sind auf ein Minimum zu reduzieren.
- (6) Die Bedieneinheit (Bordcomputer) hat folgende Anforderungen zu erfüllen:
 - Sämtliche Behälterleerungen sind über das vom Auftragnehmer bereitzustellende Behälteridentifikationssystem elektronisch zu erfassen und im Sammelfahrzeug auf Datenträgern zu speichern (Bordcomputer).
 - Behälterbezogene Eingabemöglichkeit sowie datenseitige Registrierung von insgesamt mindestens acht Verhinderungsgründen (z. B. Behälter zu schwer, Inhalt angefroren usw.), die Verhinderungsgründe (Textauswahl) legt der Auftraggeber fest.
 - Anzeige über das Auslösen der Schüttungssperre und den Sperrgrund
 - Anzeige von eventuellen Störungen, Fehlermeldungen

- Geopositionsdatenerfassung in vom Auftraggeber frei festzulegenden Zeitintervallen sowie beim Schüttvorgang (bei Behälterabfuhr mit Zuordnung zum geleerten Behälter) und bei der Auftragsrückmeldung; Aufzeichnung und geeignete (orts- und zeitbezogene) Auswertemöglichkeit der gefahrenen Tour
 - komfortable Eingabemöglichkeiten über mechanische Tastatur und Touchscreen
- (7) Das Fahrzeug kann zusätzlich mit einem Softwaresystem (Telematik-Einrichtung) zur Anzeige der übernommenen Tagedtour (Tabelle der anzufahrenden Grundstücke jeweils mit Ort, Straßenname, Hausnummer, Anzahl und Größe der zugeordneten Behälter bzw. Aufträge, Anzahl und Größe der geleerten Behälter bzw. erledigten Aufträge, Zusatzinformation über Besonderheiten bei der Grundstücksanfahrt, etc.) sowie einer Fahrerführung/Navigation mittels Navigationssoftware und digitaler Karte ausgerüstet sein, bei dem die Auswahl des Zielortes durch den Fahrer wahlweise aus der Grundstücksliste durch Antippen, manuell durch Eingabe der Adresse oder über eine gespeicherte Tour (eines Stammfahrers) erfolgen kann. Der Auftraggeber macht eine entsprechende Fahrzeugausrüstung nicht zur Vorgabe, hält sie jedoch grundsätzlich für sinnvoll.
- (8) Die Identifizierungseinheit an der Schüttung hat folgende Anforderungen zu erfüllen:
- Mehrfaches Anschlagen der Behälter über die Schüttungsvorrichtung oder mehrfache, unmittelbar aufeinander folgende Kippversuche dürfen nicht zu einer Mehrfachzählung führen.
 - Aus diesem Grund wird vom Auftraggeber ein Zeitfenster vorgegeben, innerhalb dessen mehrere Leerungen nur als eine Leerung abgerechnet werden. Für mehrfach befüllte Behälter muss aber eine Mehrfachzählung möglich sein.
 - Bei Behältern ohne Transponder oder mit defekten Transpondern sowie bei Behältern mit Transpondern, die für eine Leerung gesperrt wurden („Schwarze Liste“), hat die automatische Schüttsperrung auszulösen; die Schüttsperrung muss jedoch manuell abschaltbar sein, so dass derartige Behälter trotzdem geleert werden können (siehe unten).
 - Die Identifikation eines Behälters ist an der jeweiligen Schüttungsseite optisch anzuzeigen.
 - Die verwendeten Antennen sollen keiner mechanischen Beanspruchung ausgesetzt sein.
 - Die Behälter müssen links- und rechtsbündig hängend zuverlässig erkannt werden.
 - Für die Identifizierungseinheit an der Schüttung wird eine Mindesterkennungsrate der Transponder von 99,8 % gefordert.
- (9) Die vom Fahrzeug zur Zentrale zu übertragenden Daten (Leerungsdaten usw.) müssen in vom Auftraggeber frei festzulegenden Zeitintervallen (mindestens arbeitstäglich) an den Auftraggeber zyklisch übermittelt werden.
- (10) Sämtliche am Fahrzeug erzeugten Daten (Leerungsdaten, Sonderereignisse, Geopositionsdaten) müssen innerhalb der auf den Abfuhrtag folgenden 30 Arbeitstage im Fahrzeug gespeichert bleiben und bei Bedarf erneut abrufbar sein.
- (11) Das Datensicherungskonzept, das Prinzip der Datenspeicherung auf dem Fahrzeug und die Datenübertragung vom Fahrzeug zur Schnittstelle des Auftraggebers müssen so beschaffen sein, dass bei der Übertragung verloren gegangene Daten wiederhergestellt oder nochmals abgerufen werden können.
- (12) Das System muss unempfindlich gegenüber den üblichen Witterungsbedingungen, Einstrahlungen von anderen elektrischen Geräten oder Fahrleitungen, Energieversorgungsanlagen usw. sein. Der Einsatztemperaturbereich für Fahrzeugausrüstungen und Transponder von -25 bis +50 °C gilt als Mindestbedingung. Erschütterungen am Fahrzeug, Spannungsänderungen oder Spannungsausfall dürfen nicht zum Datenverlust führen.

- (13) Falls der Bordcomputer des Fahrzeugs über eine entsprechende Telekommunikationseinrichtung (Datenfunk, GPRS o.ä.) mit einem „Telematiksystem“ des Auftragnehmers kommuniziert, muss dieses Telematiksystem per entsprechender Schnittstelle an das EDV-System des Auftraggebers angebunden werden, wenn der Auftraggeber dies verlangt; die entsprechenden Schnittstellenspezifikationen sind zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber abzustimmen.
- (14) Auf Anforderung des Auftraggebers hat der Auftragnehmer den Standort der Sammelfahrzeuge während der Sammlung über die GPS-Ortung zu ermitteln und dem Auftraggeber zur Verfügung zu stellen. Der Auftraggeber kann diese Angaben verwenden, um seine Kunden zu informieren.
- (15) Für das Fahrzeug-Identsystem ist eine BSI-Zertifizierung oder ein gleichwertiger Nachweis vorzulegen, der die Erfüllung der Anforderungen an eine ordnungsgemäße und rechtmäßige Gebührenerhebung belegt. Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass die übergebenen Daten manipulationssicher sind. Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass er die Manipulationssicherheit auch im Widerspruchsfall bescheinigen kann (z. B. durch mindestens fünfjährige Aufbewahrung der Identdaten).
- (16) Eine ausführliche Bedienungsanleitung sowie eine Kurzdokumentation zur Fahrzeugausrüstung ist dem Auftraggeber spätestens bei Leistungsbeginn für jedes Fahrzeug (jeweils in deutscher Sprache) zu übergeben. Die Dokumentation ist bei entsprechenden Änderungen fortzuschreiben und dem jeweiligen Auftraggeber zeitnah in aktualisierter Form zu übergeben.
- (17) An allen Fahrzeugen sind die technischen Voraussetzungen zu schaffen, dass alle zu sperrenden Datensätze („Schwarze Liste“) auf den einzelnen Fahrzeugen als vollständige Datensätze zur Verfügung stehen. Es ist eine arbeitstägliche Aktualisierung der Datenbestände in den Bordcomputern der Sammelfahrzeuge vorzunehmen.
- (18) Die Transponder an den Behältern sind bei der Leerung der Behälter zu identifizieren. Jede Leerung eines Behälters ist durch das System zu erfassen. Die Mitnahme von satzungsgemäß bereitgestellten Sammelsäcken ist im System manuell während der Abfuhr (z. B. durch einen Handstückzähler) zu dokumentieren. Die Daten der Identifizierung sind zu speichern und arbeitstäglich an den Auftraggeber zu übermitteln.
- (19) Beim Versuch, Behälter ohne Transponder, Behälter mit defekten Transpondern oder Behälter mit Transpondern aus der „Schwarzen Liste“ zu schütten muss eine Unterbrechung bzw. Verhinderung des Schüttungsvorganges erfolgen. Derartige Behälter sind mit einem Aufkleber oder Hinweis zu versehen. Der genaue Text für den Aufkleber oder Hinweis wird vom Auftraggeber vorgegeben. Das benötigte Material ist vom Auftragnehmer zu stellen. Die Vorgehensweise bei Fehlbereitstellungen und Fehlbefüllungen wird durch den Auftraggeber vorgegeben und ggf. bedarfsgerecht angepasst.
- (20) Weiterhin sind diese Ereignisse mit einem Datensatz (ein Identifizierungsmerkmal sowie Datum und Uhrzeit des Ereignisses) zu speichern, so dass diese Vorgänge vom Auftraggeber ausgewertet werden können. Die Art und Weise, diese Vorgabe zu realisieren, ist Sache des Auftragnehmers. Die hierfür vorgesehene Lösung ist mit dem Angebot zu beschreiben.
- (21) Die grundsätzlichen Anforderungen an das DV-System des Auftragnehmers sind unter Ziffer 2.3.8.2 beschrieben.

2.4.1.4 Transport zur weiteren Behandlung

- (1) Der Auftragnehmer sammelt den Restabfall im gesamten Landkreis Kronach ein, transportiert den erfassten Abfall unmittelbar nach der Einsammlung mit seinen Fahrzeugen in eigener Verantwortung zur Übergabestelle und entlädt diesen dort fachgerecht. Die Anlieferung der Abfälle hat am Tag der Abfuhr bzw. Abholung zu erfolgen. Eine Anlieferung der Abfälle am auf die Abfuhr bzw. Abholung folgenden Öffnungstag ist nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig. In diesem Fall ist der Auftraggeber zu informieren. Die Transportleistung umfasst auch das Verwiegen und das ordnungsgemäße Entladen der Fahrzeuge an der Übergabestelle.
- (2) Die Übergabestelle für Restabfall ist die Müllumladestation des Zweckverbandes für Abfallwirtschaft in Kronach-Neuses (Neuses, Hohe Weide 2, 96317 Kronach). Diese ist Grundlage für die Kalkulation der Transportkosten.
- (3) Bei Störungen im Betrieb der Müllumladestation Kronach-Neuses kann der Transport zur Müllumladestation Lichtenfels-Seubelsdorf (Seubelsdorf, Werkstraße 5, 96215 Lichtenfels), zur Ausfall- und Reststoffdeponie Rödental-Blumenrod (Blumenrod, Fleckenleite 1, 96472 Rödental) oder auch direkt zum Müllheizkraftwerk Coburg-Neuses (Neuses, Glender Straße 30, 96450 Coburg) nötig werden. Mehrkosten für derartige Umleitungen werden vom Auftraggeber nicht gesondert vergütet.
- (4) An der Übergabestelle erfolgt die Verwiegung des angelieferten Abfalls und durch den Zweckverband für Abfallwirtschaft der Transport zum Müllheizkraftwerk Coburg-Neuses, derzeit mit der Bahn. Die Entsorgung der Abfälle aus den grauen Restmülltonnen erfolgt anschließend im Müllheizkraftwerk Coburg-Neuses des Zweckverbandes für Abfallwirtschaft, bei Störungen im Betrieb des Müllheizkraftwerkes in der Ausfall- und Reststoffdeponie Rödental-Blumenrod.
- (5) Die Anlieferung erfolgt grundsätzlich von Montag bis Freitag; bei Verschiebungen von Abfuhrtagen aufgrund von Feiertagen ist die Anlieferung auch am Samstag möglich. Die Auftragnehmer werden hiervon jeweils informiert.
- (6) Die Benutzungsordnungen und Öffnungszeiten der jeweiligen Anlagen sind vom Auftragnehmer zu beachten (siehe www.zaw-coburg.de).

2.4.2 Einsammlung und Beförderung von Papier/Pappe vierwöchentlich alternierend (Los 2)

2.4.2.1 Behältergrößen und -anzahlen

- (1) Für die Abfuhr von Papier/Pappe sind grüne Tonnen zugelassen. Die grünen Tonnen sind derzeit Eigentum des Zweckverbandes für Abfallwirtschaft und werden den jeweiligen Grundstückseigentümern entsprechend der satzungsrechtlichen Vorschriften unentgeltlich über den Auftraggeber zur Verfügung gestellt.
- (2) Derzeit sind grüne Tonnen mit einem Volumen von 120 l, 240 l und 1.100 l im Einsatz. Die Behälter sind mit weißen Barcodeaufklebern versehen, aus denen die Zuordnung zu den angemeldeten Objekten ersichtlich ist.
- (3) Neben den grünen Tonnen bereitgestelltes Papier und Pappe dürfen nicht mitgenommen werden, unabhängig davon, ob die Tonnen voll sind und sperrige Kartonagen zusätzlich

bereitgestellt werden oder das Volumen des bereitgestellten Behälters im Einzelfall nicht ausreicht. Im Einzelfall mögliche Ausnahmen werden dem Auftragnehmer vom Auftraggeber mitgeteilt; hierfür erfolgt keine gesonderte Vergütung.

- (4) Eine Ausnahme gilt für Grundstücke, die nicht mit den üblicherweise eingesetzten Müllfahrzeugen angefahren werden können (ca. 30 sogenannte Sackabfuhranwesen – vgl. Ziffer 2.4.1.1); hier werden Papier und Pappe lose bzw. gebündelt an Sammelplätzen bereitgestellt.
- (5) Zahlenangaben zu den bereitgestellten Behältern finden sich unter Ziffer II.3. Unter Ziffer II.2 sind die in den letzten Jahren erfassten Mengen an Papier/Pappe aufgelistet.
- (6) Anzufahren sind alle Grundstücke, bei denen Behälter bereitgestellt werden, auch die unter Ziffer 2.3.4 Absatz 12 genannten Sonderanwesen.
- (7) Die Behälterverwaltung und der Behälteränderungsdienst werden vom Auftraggeber selbst durchgeführt. Sie sind nicht Bestandteil der Ausschreibung.

2.4.2.2 Fahrzeuge

Auf die Ausführungen unter Ziffer 2.3.4.2 wird verwiesen.

2.4.2.3 Transport zur weiteren Behandlung

- (1) Der Auftragnehmer sammelt Papier und Pappe im gesamten Landkreis Kronach ein, transportiert den erfassten Abfall unmittelbar nach der Einsammlung mit seinen Fahrzeugen in eigener Verantwortung zur Übergabestelle und entlädt diesen dort fachgerecht. Die Anlieferung der Abfälle hat am Tag der Abfuhr bzw. Abholung zu erfolgen. Eine Anlieferung der Abfälle am auf die Abfuhr bzw. Abholung folgenden Öffnungstag ist nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig. In diesem Fall ist der Auftraggeber zu informieren. Die Transportleistung umfasst auch das Verwiegen und das ordnungsgemäße Entladen der Fahrzeuge an der Übergabestelle.
- (2) Das in den Grünen Tonnen im Landkreis Kronach gesammelte Material ist zur Umschlagstelle bei der VEOLIA in Rödentel-Blumenrod (Blumenrod, Lange Äcker 5 - 7, 96472 Rödentel) zu verbringen. Für die Anlieferung kann alternativ auch ein anderer Standort innerhalb des Gebietes des Zweckverbandes für Abfallwirtschaft in Nordwest-Oberfranken (Stadt Coburg, Landkreise Coburg, Kronach und Lichtenfels) in Frage kommen. Dies ist bei der Kalkulation zu berücksichtigen. Dort erfolgen die Verwiegung und Entladung. Die Sortierung und Verwertung wird in Verantwortung des Zweckverbandes für Abfallwirtschaft bzw. durch dessen Beauftragte durchgeführt.
- (3) Die Benutzungsordnung und die Öffnungszeiten der jeweiligen Anlage sind vom Auftragnehmer zu beachten.
- (4) Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Einsammlung und Beförderung des im Landkreis Kronach anfallenden Papier-/Pappe-Materials (einschließlich Verpackungspapier/-pappe) vom Auftraggeber zu 100 % ausgeschrieben und vergeben wird. Dies entspricht den Regelungen des Verpackungsgesetzes in der derzeit geltenden Fassung. Es besteht eine Mitbenutzungsvereinbarung mit den Dualen Systemen, in der die Kostentragung für den Verpackungsanteil geregelt ist.

- (5) Sollten sich die rechtlichen Grundlagen hinsichtlich der Mitbenutzung des Papier- und Pappe-Erfassungssystems durch die Dualen Systeme ändern, besteht gegebenenfalls während der Vertragslaufzeit Anpassungsbedarf.

2.4.3 Einsammlung und Beförderung von Sperrmüll im System auf Abruf (Los 3)

- (1) Sperrmüll wird im Landkreis Kronach im Rahmen einer gesonderten Abfuhr mehrmals jährlich direkt bei den Grundstücken abgeholt. Dabei erfolgt die Abholung nur bei den Anwesen, die sich zur Abholung angemeldet haben.
- (2) Anzufahren sind alle Grundstücke, bei denen Behälter bereitgestellt werden, auch die unter Ziffer 2.3.4 Absatz 12 genannten Sonderanwesen.

2.4.3.1 Ablauf der Tourenplanung und der Auftragsabwicklung

- (1) Der Ablauf der Abfuhr auf Abruf gestaltet sich wie folgt:
 - Anmeldung des abzuholenden Sperrmülls (telefonisch oder über Internet) beim Auftraggeber (Betrieb der sogenannten Sperrmüll-Hotline)
 - Zuordnung zu den von Auftragnehmer und Auftraggeber abgestimmten Abfuhrterminen durch den Auftraggeber
 - Benachrichtigung der Anmeldenden von den Abfuhrterminen durch den Auftraggeber (per Brief oder E-Mail) ca. 10 Tage bis spätestens eine Woche vor dem Abholtermin
 - Zusammenstellung einer Abfuhrtour aufgrund der vorliegenden Anmeldungen für den jeweiligen Termin durch den Auftraggeber, Bereitstellung für den Auftragnehmer über die Terminal-Server-Anbindung an das EDV-System des Auftraggebers
 - Abholung des Sperrmülls durch den Auftragnehmer bei den angemeldeten Anwesen und Transport zur Müllumladestation Kronach-Neuses (evtl. Müllumleitungen gemäß Ziffer 2.4.3.4)
- (2) Der Auftragnehmer plant für die Sperrmüllabfuhr die Abfuhrtage und meldet diese dem Auftraggeber rechtzeitig; die Planung wird dabei in Absprache mit dem Auftraggeber für mindestens drei Monate im Voraus vorgenommen; bei Bedarf und Anforderung durch den Auftraggeber sind unverzüglich (zusätzliche) Termine zu planen. Die Weitergabe der Termine an Dritte ist nicht zulässig.
- (3) Der Auftragnehmer nutzt auf dem DV-System des Auftraggebers die erforderliche Software zur Auftragsabwicklung für die Sperrmüllabfuhr (ATHOS NewLine und logiCHIP). Der Zugriff auf die Touren soll in der Regel am Freitag der Vorwoche erfolgen; bis zu diesem Zeitpunkt können vom Auftraggeber Änderungen in den Touren (z. B. Stornierungen) vorgenommen werden. Werden die Touren aus gegebenem Anlass früher abgerufen, ist der Auftraggeber zu informieren.
- (4) Der Auftragnehmer meldet dem Auftraggeber alle bei der Sperrmüllabfuhr vorkommenden Unregelmäßigkeiten mit Datum und Uhrzeit (nicht rechtzeitig bereitgestellter Sperrmüll, unzulässig bereitgestellte Abfälle, übermäßige Mengen, nicht satzungsgemäße Bereitstellungsorte etc.). Gegebenenfalls sind die Vorkommnisse bildlich zu dokumentieren (mit dem mobilen Endgerät). Für die Übermittlung der Meldungen und die Fotodokumentation ist der Zugang zum EDV-System des Auftraggebers über die Terminal-Server-Anbindung zu nutzen. Ausführlichere Informationen können auch per E-Mail übermittelt werden.

- (5) Nach Abschluss jeder Tour wird dem Auftraggeber der Vollzug der Tour über die Anbindung an das EDV-System des Auftraggebers gemeldet.

2.4.3.2 Abfuhr

- (1) Die Abfuhr erfolgt in der Regel montags bis donnerstags, damit dem Abfuhrtag jeweils ein Werktag folgt, an dem eventuell nicht erledigte Abfahren nachgeholt werden können. Dies gilt entsprechend auch vor Feiertagen während der Woche. Dies soll sicherstellen, dass am Wochenende und entsprechend auch an Feiertagen kein Sperrmüll liegenbleibt.
- (2) Die Abfuhr erfolgt grundsätzlich ganzjährig. Im Zeitraum vom 1. März bis 30. November sind die Abfuhrtage so zu planen, dass in jeder Gemeinde im Abstand von drei bis vier Wochen ein Abfuhrtermin zur Verfügung steht. Zwischen 1. Dezember und 29. Februar erfolgt die Festlegung von Abfuhrterminen in Absprache mit dem Auftraggeber und in Abhängigkeit von den Witterungsverhältnissen.
- (3) Erfahrungsgemäß sind im Frühjahr und im Herbst die Zeitabstände kürzer zu wählen, da die Nachfrage nach Sperrmüllabholungen in dieser Zeit am größten ist. Dabei dürfen für jeden Abfuhrtag nur so viele Anmeldungen angenommen werden, als bei der Abholung an diesem Tag unter Berücksichtigung der üblichen Transportwege und -zeiten zu bewältigen sind. Bei der Mitteilung der Abfuhrtermine an den Landkreis ist die Zahl der maximal anzunehmenden Anmeldungen mit anzugeben. Die endgültige Festlegung der Abfuhrtermine erfolgt nach Prüfung der Terminvorschläge des Auftragnehmers durch den Auftraggeber. Diese Termine sind dann für den Auftragnehmer verbindlich, einer Mahnung bedarf es nicht mehr, um den Verzug zu begründen.
- (4) Für die in Anlage 3 aufgeführten Bereiche mit besonderen Straßenverhältnissen sind abweichende Regelungen bei der Terminplanung für die Sperrmüllabfuhr möglich. Hier genügt es, zwei Abholungen pro Jahr anzubieten (Frühjahr und Herbst). Diese kann auch mit einem kleineren Müllfahrzeug erfolgen. Die vorgesehene Lösung für die Sperrmüllabholung ist in der mit dem Angebot vorzulegenden Beschreibung der Bedienung der Sonderanwesen darzustellen.
- (5) Angaben zu den bisher gesammelten Sperrmüllmengen, zur Zahl der Anmeldungen und der Abfuhrtage insgesamt pro Jahr sowie ein beispielhafter Auszug aus dem Tourenplan sind unter Ziffer II.4 enthalten.
- (6) Optional ist eine Expressabholung von Sperrmüll anzubieten. Bei Bedarf werden den Bürgern kurzfristige gesonderte Abholungen nach Anmeldung angeboten; diese sind gebührenpflichtig (ein entsprechender Gebührentatbestand ist im Falle der Vergabe der optionalen Leistung noch in die Gebührensatzung aufzunehmen). Der Sperrmüll ist bei den betreffenden Anwesen in der Regel binnen zwei Arbeitstagen nach Anmeldung abzuholen. Die Abrechnung erfolgt je einzelner Abholung. Für die Expressabholung kann anstelle des Müllfahrzeugs auch ein anderes geeignetes Fahrzeug eingesetzt werden.

2.4.3.3 Fahrzeuge

- (1) Auf die Ausführungen unter Ziffer 2.3.4.2 wird verwiesen.

- (2) In den eingesetzten Fahrzeugen ist jeweils ein mobiles Endgerät mitzuführen, das die Tourdaten enthält und mithilfe dessen die Tour und eventuelle besondere Vorkommnisse dokumentiert werden.

2.4.3.4 Transport zur weiteren Behandlung

- (1) Der Auftragnehmer sammelt den bereitgestellten Sperrmüll im gesamten Landkreis Kronach ein, transportiert den erfassten Abfall unmittelbar nach der Einsammlung mit seinen Fahrzeugen in eigener Verantwortung zur Übergabestelle und entlädt diesen dort fachgerecht. Die Anlieferung der Abfälle hat am Tag der Abfuhr bzw. Abholung zu erfolgen. Eine Anlieferung der Abfälle am auf die Abfuhr bzw. Abholung folgenden Öffnungstag ist nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig. In diesem Fall ist der Auftraggeber zu informieren. Die Transportleistung umfasst auch das Verwiegen und das ordnungsgemäße Entladen der Fahrzeuge an der Übergabestelle.
- (2) Übergabestelle ist die Müllumladestation des Zweckverbandes für Abfallwirtschaft in Kronach-Neuses (Neuses, Hohe Weide 2, 96317 Kronach). Diese ist Grundlage für die Kalkulation der Transportkosten.
- (3) Bei Störungen im Betrieb der Müllumladestation Kronach-Neuses kann der Transport zur Müllumladestation Lichtenfels-Seubelsdorf (Seubelsdorf, Werkstraße 5, 96215 Lichtenfels), zur Ausfall- und Reststoffdeponie Rödental-Blumenrod (Blumenrod, Fleckenleite 1, 96472 Rödental) oder auch direkt zum Müllheizkraftwerk Coburg-Neuses (Neuses, Glender Straße 30, 96450 Coburg) nötig werden. Mehrkosten für derartige Umleitungen werden vom Auftraggeber nicht gesondert vergütet.
- (4) An der Übergabestelle erfolgt die Verwiegung des angelieferten Sperrmülls und durch den Zweckverband für Abfallwirtschaft der Transport zum Müllheizkraftwerk Coburg-Neuses, derzeit mit der Bahn. Die Entsorgung des Sperrmülls erfolgt anschließend im Müllheizkraftwerk Coburg-Neuses des Zweckverbandes für Abfallwirtschaft, bei Störungen im Betrieb des Müllheizkraftwerkes in der Ausfall- und Reststoffdeponie Rödental-Blumenrod.
- (5) Die Anlieferung kann grundsätzlich von Montag bis Freitag erfolgen; bei Verschiebungen von Abfuhrtagen aufgrund von Feiertagen ist die Anlieferung auch am Samstag möglich. Die Auftragnehmer werden hiervon jeweils informiert.
- (6) Die Benutzungsordnungen und Öffnungszeiten der jeweiligen Anlagen sind vom Auftragnehmer zu beachten (siehe www.zaw-coburg.de).

2.4.3.5 Sperrmüllbegriff

- (1) Die nachstehenden Ausführungen zum Sperrmüllbegriff und zur Mengenbegrenzung sind bei der Abholung jeweils für jedes angemeldete Objekt zu beachten.
- (2) Als Sperrmüll gilt brennbarer Abfall, der so sperrig ist, dass er auch nach dem Zerkleinern nicht in die Mülltonne passt. Dazu gehören ausschließlich bewegliche Teile aus dem Haus wie z. B. Möbel, Matratzen, Betten, Kissen, Teppiche und Bodenbeläge.
- (3) Die häufigsten Gegenstände, die als Sperrmüll anfallen:
 - Bettgestell
 - lose Bodenbeläge (loser Teppich, Läufer, Brücke)

- Couch, Liege, Sofa
 - Schrank, Regal, Schubladen, Truhe
 - Kommode, Buffet
 - Schreibtisch, Sekretär
 - Tisch, Sessel, Stuhl, Hocker
 - Balkon – und Terrassenmöbel aus Holz und Kunststoff, Sonnenschirm
 - Matratze, Federbett, Kissen
 - Gardinenleisten
 - großes Kinderspielzeug
 - Kunststoff-Öltanks
- (4) Seit Inkrafttreten der Rücknahmeregelungen des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes gehören entsprechende Geräte (z. B. Fernseher, Radio, Videorecorder, Computer, Kopiergeräte, Haushalts- und Küchengeräte, Staubsauger, Mikrowellen, Lampen und Leuchten) nicht mehr zum Sperrmüll.
- (5) Nicht mitgenommen werden beim Sperrmüll außerdem verwertbare Materialien, für die es gesonderte Sammlungen gibt. Dies sind
- Gegenstände aus Metallen
 - Papier und Kartonagen
 - Styropor
 - weitere Wertstoffe wie Glas, Dosen
 - Problemüll wie Farbreste, Lacke, Leuchtstoffröhren
 - Gartenabfall und Grüngut, außerdem
 - Abfälle, die bei Umbaumaßnahmen im Haus anfallen (z. B. Tapetenreste, fest verbaute Bodenbeläge, Boden- und Deckenplatten, Vertäfelungen, Zimmertüren, Fensterrahmen)
 - Materialien aus dem Garten- und Hofbereich (z. B. Holz von Scheunen, Hasenställen, Gartenzäune, Treppen- und Balkongeländer)
 - Abfälle, die zum Bauschutt gehören (Sanitäreinrichtungen wie Waschbecken, Toilettenschüsseln etc. aus Keramik, Geschirr, Porzellan), sonstige Bauabfälle
 - Autoteile, Teile von landwirtschaftlichen Maschinen
 - In Säcken bereitgestellte Abfälle
- (6) Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass Elektrogeräte und Altmittel bei der Sperrmüllsammlung nicht bereitgestellt und im Falle der Bereitstellung nicht mitgenommen werden dürfen. Gesonderte Sammlungen im Holsystem für diese Fraktionen bietet der Auftraggeber nicht an; hierfür stehen Anlieferungsmöglichkeiten an den Wertstoffhöfen zur Verfügung. Altholz (Möbelteile) wird bei der Sperrmüllsammlung im Holsystem miterfasst; Altholz aus Umbaumaßnahmen ist ausgeschlossen. Gegenstände aus Altholz, die nach vorstehender Definition zugelassen sind, sind daher mitzunehmen. Im Übrigen wird Altholz aller Art auch an verschiedenen Wertstoffhöfen im Landkreis Kronach gegen Gebühr angenommen und verwertet.
- (7) Pro Grundstück sind grundsätzlich zwei Sperrmüllabfuhrungen pro Jahr zugelassen; Ausnahmen sind möglich bei Mehrfamilienhäusern; dies entscheidet der Auftraggeber bei der Annahme der Anmeldungen. Die abzuholende Sperrmüllmenge ist dabei auf haushaltsübliche Mengen (entspricht ca. 5 m³) begrenzt. Komplette Haushaltsauflösungen werden nicht mitgenommen.

II. Kalkulationsgrundlagen

1. Einwohnerzahlen und Einwohnerentwicklung

Stadt/Markt/Gemeinde	Abfuhrbe- zirk	Einwohnerzahlen			Gemeindeflä- che* (km ²)
Stand jeweils:		31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Stadt Kronach	2	16.874	16.815	16.701	67,0
Markt Küps	3	7.823	7.759	7.757	35,6
Stadt Ludwigsstadt	4	3.396	3.431	3.342	58,9
Markt Marktrodach	3	3.746	3.764	3.741	33,3
Markt Mitwitz	3	2.815	2.779	2.784	33,2
Markt Nordhalben	5	1.650	1.622	1.642	21,9
Markt Pressig	4	3.932	3.890	3.872	53,2
Gemeinde Reichenbach	5	667	657	650	8,7
Gemeinde Schneckenlohe	3	1.028	1.031	1.025	9,3
Gemeinde Steinbach am Wald	4	3.111	3.087	3.024	36,0
Markt Steinwiesen	5	3.443	3.435	3.415	55,1
Gemeinde Stockheim	4	4.948	4.850	4.871	25,4
Markt Tettau	4	2.061	2.022	2.022	23,8
Stadt Teuschnitz	5	2.000	1.973	1.957	34,3
Gemeinde Tschirn	5	516	526	521	20,1
Stadt Wallenfels	5	2.657	2.627	2.589	45,6
Gemeinde Weißenbrunn	3	2.850	2.855	2.833	26,4
Gemeinde Wilhelmsthal	5	3.618	3.620	3.609	42,9
Landkreis Kronach gesamt		67.135	66.743	66.355	651,5*

*Gemeindefläche einschließlich gemeindefreier Gebiete

nach Abfuhrbezirken (nachrichtlich):

Abfuhrbezirk	Einwohnerzahlen			Gemeindeflä- che* (km ²)
Stand jeweils:	30.06.2018	30.06.2019	31.12.2020	31.12.2019
Abfuhrbezirk 2 (Kronach)	16.874	16.815	16.701	67,0
Abfuhrbezirk 3 (Küps, Marktrodach, Mitwitz, Schneckenlohe, Weißenbrunn)	18.262	18.188	18.140	137,8
Abfuhrbezirk 4 (Ludwigsstadt, Pressig, Steinbach am Wald, Stockheim, Tettau)	17.448	17.280	17.131	197,3
Abfuhrbezirk 5 (Nordhalben, Reichenbach, Steinwiesen, Teuschnitz, Tschirn, Wallenfels, Wilhelmsthal)	14.551	14.460	14.383	228,6

Einwohnerentwicklung Landkreis gesamt:

Abfuhrbezirk	Einwohnerzahl								
Stand (jeweils 30.06.)	2005	2007	2009	2011	2013	2015	2017	2019	2020
Landkreis Kronach gesamt	74.079	72.713	71.467	69.836	68.794	67.832	67.512	66.953	66.430

2. Mengenentwicklung

Entwicklung der Abfallmengen 2013 bis 2021 (alle Angaben in Tonnen):

Abfallart/Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021 I - VIII
Hausmüll	13.211	12.250	12.094	12.147	12.218	12.157	12.022	12.433	8.395
Papier/Pappe – nur Grüne Tonne	4.902	4.911	4.758	4.860	4.794	4.669	4.564	4.319	2.664
Sperrmüll gesamt	2.850	2.891	3.107	3.215	3.238	3.304	3.368	3.986	2.730
davon Sperrmüll – nur Holsystem	2.060	2.112	2.205	2.249	2.263	2.333	2.265	2.627	1.769
davon Sperrmüll – nur Bringsystem	472	502	564	678	689	686	773	991	723

Anmerkungen:

- Zum 01.01.2014 wurde das neue Gebührensystem eingeführt (Abrechnung nach Anzahl Leerungen). Dies erklärt die Mengenveränderung von 2013 zu 2014.
- Menge Restmüll und Sperrmüll 2020 sind durch Auswirkungen der Corona-Krise beeinflusst
- Menge Sperrmüll Holsystem entspricht dem Ausschreibungsumfang
- Menge Sperrmüll Bringsystem = in Wertstoffhöfen erfasste brennbare Abfälle (nachrichtlich)

Monatliche Mengen Hausmüll 2019 bis 2021 (alle Angaben in Tonnen):

Jahr/Monat	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
2019	1.093	933	987	1.040	1.016	958	1.059	992	917	1.066	966	989
2020	1.094	907	1.041	1.091	1.019	1.056	1.108	959	1.023	1.024	1.008	1.087
2021	1.022	954	1.146	1.035	1.034	1.084	1.100	1.020				

Monatliche Mengen Papier/Pappe ohne Wertstoffhöfe 2019 - 2021 (alle Angaben in Tonnen):

Jahr/Monat	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
2019	441	352	363	399	685	356	370	350	351	415	386	396
2020	414	331	385	361	315	333	363	316	351	382	372	396
2021	321	303	378	332	324	344	335	326				

Papier/Pappe = Gesamtmenge incl. Verpackungsanteil

3. Behälterzahlen

Behälterzahlen und Leerungen (Stand: 30.06.2021)

Behälter		Anzahl	Jahr							
	I		2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021 1. Halb- jahr
grau	80	Behälter	5.561	5.578	5.583	5.591	5.622	5.678	5.702	5.692
		Leerungen	91.467	89.872	89.988	89.475	89.872	89.699	92.183	44.676
	120	Behälter	11.452	11.474	11.631	11.690	11.698	11.838	11.913	11.978
		Leerungen	223.484	220.554	220.847	221.694	222.728	221.674	228.921	112.759
	240	Behälter	7.801	7.751	7.759	7.806	7.785	7.655	7.639	7.676
		Leerungen	167.847	164.721	164.418	164.138	165.315	161.666	163.310	80.124
	1.100	Behälter	225	233	240	239	250	256	267	273
		Leerungen	5.335	5.463	5.665	5.760	5.942	6.318	6.426	3.315
	Säcke	Anzahl	1.224	1.320	1.329	1.398	1.401	1.078	1.428	680
		Anwesen	25	24	24	25	25	23	24	23
	Behälter gesamt		25.039	25.036	25.213	25.326	25.355	25.427	25.521	25.619
	Leerungen gesamt		488.133	480.610	480.918	481.067	483.857	479.357	490.840	240.874
grün	120	Behälter	6.852	6.770	6.728	6.667	6.557	6.483	6.412	6.370
	240	Behälter	16.740	16.877	17.048	17.225	17.451	17.664	17.886	17.991
	1.100	Behälter	234	246	250	261	277	294	306	314
	Behälter gesamt		23.826	23.893	24.026	24.153	24.285	24.441	24.604	24.675
gelb	120	Behälter	5.684	5.671	5.699	5.713	5.644	5.646	5.628	5.620
	240	Behälter	13.210	13.416	13.656	13.777	14.158	14.449	14.747	14.908
	1.100	Behälter	165	159	180	195	211	257	270	278
	Säcke	Anwesen	4.195	4.036	3.870	3.728	3.601	3.416	3.391	3.184
	Behälter gesamt		19.059	19.246	19.535	19.685	20.013	20.352	20.645	20.806
Haltepunkte			22.594	22.664	22.694	22.737	22.774	22.817	22.873	22.764

Davon Sonderanwesen (Stand: 30.06.2021)

Behälter		Anzahl	Jahr							
	I		2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
grau	80	Behälter								146
	120	Behälter								201
	240	Behälter								108
	1.100	Behälter								3
	Säcke	Anwesen								9
	Behälter gesamt									458

grün	120	Behälter								142
	240	Behälter								290
	1.100	Behälter								9
	Behälter gesamt									441
gelb	120	Behälter								107
	240	Behälter								253
	1.100	Behälter								5
	Säcke	Anwesen								77
	Behälter gesamt									365

4. Daten zur Sperrmüllabfuhr

Anzahl Anmeldungen/ Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021 1. Halb- jahr
Landkreis Kronach gesamt	5.826	6.017	6.145	6.254	6.416	6.844	6.643	6.910	3.669

Anzahl Abfuhrtage/ Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021 1. Halb- jahr
Landkreis Kronach gesamt	92	111	126	127	128	147	136	136	72

Zur beispielhaften Verteilung der Abfuhrtage auf die einzelnen Gemeinden ist nachfolgend ein Auszug aus der Tourenplanung wie sie derzeit praktiziert wird abgedruckt:

Datum	KW	Wo.- Tag	Tour	Gebiet	Gemeinde	Menge	Höchstgrenze
13.09.2021	37	Mo	Klein- fahr- zeug	Sonder- anwe- sen	Nord/Mitte	25	50
14.09.2021	37	Di		Sonder- anwe- sen	KC/Ost	19	50
15.09.2021	37	Mi		Sonder- anwe- sen	KC/Süd/West	30	60
20.09.2021	38	Mo	I	Nord	Ludwigsstadt o. Lauenhain	45	50
					Tettau		
					Buchbach/Kehlbach		
21.09.2021	38	Di		Mitte	Pressig o. Marienroth und Posseck	46	50
					Stockheim o. Burggrub und Haig		
22.09.2021	38	Mi		KC	Stadt + Stadtteile	50	60

27.09.2021	39	Mo	II	Nord-Ost Mitte	Teuschnitz/Reichenbach/Tschirn	38	50
					Wilhelmsthal o. Steinberg und Roßlach		
					Lauenhain/Steinbach a. Wald/Hirschfeld/Windheim/Marienroth/Posseck		
28.09.2021	39	Di	II	Süd	Küps	43	60
					Steinberg/Roßlach		
					Neuses		
29.09.2021	39	Mi	II	West KC	Mitwitz/Schneckenlohe	29	50
					Dobersgrund/Gehülz/Seelach/Ziegelerden		
					Burggrub/Haig		
04.10.2021	40	Mo	III	Ost I	Nordhalben	19	50
					Steinwiesen		
05.10.2021	40	Di		Ost II	Wallenfels	23	50
					Schlegelshaid		
					Marktrodach		
06.10.2021	40	Mi		Süd-Ost KC	Weißbrunn	17	50
					Fischbach/Höfles/Ruppen/Vogtendorf/Wötzelsdorf		
					Neuses		
11.10.2021	41	Mo	I	Nord	Ludwigsstadt		50
					Tettau		
					Steinbach a. Wald		
12.10.2021	41	Di		Mitte	Pressig o. Marienroth und Posseck		50
					Stockheim		
13.10.2021	41	Mi		KC		1	60
					Stadt + Stadtteile		
18.10.2021	42	Mo	II	Nord-Ost Mitte	Teuschnitz/Reichenbach/Tschirn		50
					Wilhelmsthal		
					Marienroth/Posseck		
19.10.2021	42	Di		Süd			60
					Küps		
20.10.2021	42	Mi		West KC	Mitwitz		50
					Schneckenlohe		
					Dobersgrund/Gehülz/Seelach/Ziegelerden		
25.10.2021	43	Mo	III	Ost I	Nordhalben		50
					Steinwiesen		
26.10.2021	43	Di		Ost II	Wallenfels		50
					Schlegelshaid		
					Marktrodach		
27.10.2021	43	Mi		Süd-Ost KC	Weißbrunn		50
					Fischbach/Höfles/Ruppen/Vogtendorf/Wötzelsdorf		
					Neuses		

Sperrmüllabholungen bei Sonderanwesen:

Anzahl Anmeldungen/ Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021 1. Halb- jahr
Landkreis Kronach gesamt		174	171	188	211	239	225	245	131

Anzahl Abfuhrtage/ Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021 1. Halb- jahr
Landkreis Kronach gesamt		6	6	6	6	6	6	6	3

III. Vertragsbedingungen

1. Besondere Vertragsbedingungen

s. L 214 Besondere Vertragsbedingungen Liefer-/Dienstleistungen

2. Zusätzliche Vertragsbedingungen

s. L 215 Zusätzliche Vertragsbedingungen Liefer-/Dienstleistungen

3. Weitere besondere Vertragsbedingungen

3.1 Vertrag

Durch das vom Auftraggeber und vom Auftragnehmer zu unterzeichnende Auftragsschreiben wird ein Vertrag auf Grundlage dieser Vertragsunterlagen und des Angebotes des Auftragnehmers abgeschlossen. Ergänzend gelten die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B), die Zusätzlichen Vertragsbedingungen, die Besonderen Vertragsbedingungen, die Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen und die Leistungsbeschreibung. Etwaige Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers haben keine Gültigkeit. Bei Unklarheiten im Vertrag gilt folgende Reihenfolge: Leistungsbeschreibung, Weitere Besondere Vertragsbedingungen, Besondere Vertragsbedingungen, Zusätzliche Vertragsbedingungen, VOL/B.

3.2 Hauptpflicht des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zum Einsammeln des Abfalls (Hausmüll, Papier/Pappe und/oder Sperrmüll) von den jeweiligen Grundstücken und zum Transport dieses Abfalls zu der entsprechenden Übergabestelle. Näheres hierzu ist der Leistungsbeschreibung zu entnehmen.

3.3 Überwachungs- und Weisungsrecht des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber oder ein von ihm beauftragter Dritter ist befugt, sich von der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung zu unterrichten und die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers zu überwachen. Dem Auftraggeber bzw. dem beauftragten Dritten ist es zu diesem Zweck gestattet, die Grundstücke und Anlagen des Auftragnehmers zu betreten und zu besichtigen.
- (2) Der Auftraggeber ist – insbesondere zur Wahrung eines einheitlichen Erscheinungsbildes in der Öffentlichkeit - berechtigt, dem Auftragnehmer, und in Eilfällen auch dessen Bediensteten, zur Ausführung des Vertrages Weisungen zu erteilen. Werden Weisungen mit fortdauernder Wirkung getroffen, so sind diese dem Auftragnehmer alsbald schriftlich bekanntzugeben.

3.4 Informationspflichten

- (1) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber alle Auskünfte erteilen, die mit der Erfüllung dieses Vertrages im Zusammenhang stehen.
- (2) Der Auftragnehmer ist insbesondere verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich über alle für die Erfüllung des Vertrages wesentlichen Umstände sowie über Störungen, die dazu führen, dass die Leistungen durch den Auftragnehmer nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erbracht werden können, wie z. B. technische Störungen, Unfälle, Straßensperren usw., zu

informieren. Daneben hat sich der Auftragnehmer selbständig um Abhilfe zu bemühen und die ausgefallenen Leistungen schnellstmöglich nachzuholen. Hierüber ist der Auftraggeber unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

3.5 Loyalitätsklausel

- (1) Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung der Leistungen die jeweils geltenden abfallrechtlichen Bestimmungen einschließlich der Satzungen des Auftraggebers zu beachten und den Landkreis Kronach bei der Umsetzung seines Abfallwirtschaftskonzeptes zu unterstützen.
- (2) Auftragnehmer und Auftraggeber bemühen sich um ein gutes und einheitliches Gesamterscheinungsbild in der Öffentlichkeit. Sie vertreten gemeinsam die Regelungen der jeweils gültigen Abfallwirtschaftssatzung des Auftraggebers. Sie vermeiden alles, um das Ansehen des jeweils anderen Vertragspartners in der Öffentlichkeit zu schädigen. Meinungsverschiedenheiten werden durch interne Abstimmung beseitigt. Dem Bürger soll aus der Übertragung von Pflichten des Auftraggebers als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger auf den Auftragnehmer kein Nachteil erwachsen.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich auch, eine geringstmögliche Beeinträchtigung der Umwelt sicherzustellen.

3.6 Unterauftragnehmer

- (1) Der Auftragnehmer hat die geschuldete Leistung selbst zu erbringen. Ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers darf der Auftragnehmer die Verpflichtungen aus diesem Vertrag weder ganz noch teilweise auf Unterauftragnehmer oder Beteiligte am Kapital seines Unternehmens übertragen.
- (2) Der Auftraggeber kann jedoch der Übertragung von Leistungen auf die bei der Angebotsabgabe angegebenen Unterauftragnehmer zustimmen. Dabei sind Unterauftragnehmer jedoch nur für geringfügige Teilleistungen zugelassen.
- (3) Stimmt der Auftraggeber der Übertragung nicht zu oder lehnt er einen vorgeschlagenen Subunternehmer ab, bedarf es hierfür keiner Begründung.
- (4) Stimmt der Auftraggeber der Übertragung einer Leistung an Unterauftragnehmer zu, so haftet der Auftragnehmer dafür, dass die sich aus diesem Vertrag ergebenden Pflichten des Auftragnehmers auch in diesem Fall erfüllt werden. Die Weisungsbefugnis des Auftraggebers (Ziffer 4) erstreckt sich auch auf den Unterauftragnehmer.
- (5) Ein Unterauftragnehmer ist nicht berechtigt, Verpflichtungen aus seiner Beauftragung ganz oder teilweise an weitere Unterauftragnehmer zu übertragen.
- (6) Überträgt der Auftragnehmer ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers Leistungen ganz oder teilweise auf Unterauftragnehmer, kann der Auftraggeber ihm eine angemessene Frist zur persönlichen Erbringung der Leistungen setzen und nach ergebnislosem Ablauf der Frist den Vertrag ganz oder teilweise kündigen. Daneben kann der Auftraggeber Schadensersatzansprüche geltend machen.

3.7 Eigentum

Die vom Auftragnehmer übernommenen Abfälle gehen mit dem Verladen auf das Sammelfahrzeug in das Eigentum des Auftraggebers über. Mit der Entladung in der jeweils dafür bestimmten Anlage gehen die Abfälle in das Eigentum des jeweiligen Anlagenbetreibers über.

3.8 Haftung, Versicherung

- (1) Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber gegenüber für alle Schäden, die er oder seine Bediensteten, Erfüllungsgehilfen oder die jeweiligen Unterauftragnehmer im Vollzug dieses Vertrages verursachen.
- (2) Er stellt den Auftraggeber und dessen Bedienstete von allen Forderungen, insbesondere von Schadensersatzansprüchen, frei, die Dritte wegen einer Pflichtverletzung oder eines Verhaltens im Rahmen der Leistungserbringung des Auftragnehmers, seiner Bediensteten, seiner Erfüllungsgehilfen oder seiner Unterauftragnehmer gegen den Auftraggeber geltend machen.
- (3) Der Auftragnehmer hat innerhalb eines Monats nach Abschluss dieses Vertrages folgenden Versicherungsschutz nachzuweisen:
 - Betriebs- und Umwelthaftpflichtversicherung mit mindestens einer Deckungssumme von 3.000.000 € je geschädigter Person für Personen- und Sachschäden sowie einer Deckungssumme von 100.000 € je geschädigter Person für Vermögensschäden
 - Fahrzeughaftpflichtversicherung mit mindestens einer Deckungssumme von 10.000.000 € je geschädigter Person für Personenschäden sowie einer unbegrenzten Deckung für Sach- und Vermögensschäden.
- (4) Der Auftragnehmer kann diesen Versicherungsschutz während der Dauer dieses Vertrages nicht ohne Einverständnis des Auftraggebers einschränken.

3.9 Auftreten gegenüber Dritten

Dem Auftragnehmer ist es untersagt, ohne Genehmigung des Auftraggebers mit Dritten besondere Vereinbarungen über satzungsmäßig zugelassene Abfallbehältnisse oder anstelle satzungsmäßig zu benutzender Abfallbehältnisse sowie über sonstige Regelungen, die Inhalt der Abfallwirtschaftssatzung des Auftraggebers sind, zu treffen. Für den Fall der Zuwiderhandlung wird eine Vertragsstrafe in Höhe von 50,00 € fällig. Daneben können auch höhere Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden.

3.10 Sicherheitsleistung

- (1) Der Auftragnehmer wird innerhalb von 18 Werktagen nach Abschluss dieses Vertrages für die Erfüllung eine Sicherheitsleistung in Form einer Bankbürgschaft in Höhe von 5 % der Auftragssumme (bezogen auf Vertragslaufzeit) nach dem Ausschreibungsergebnis erbringen. Die Sicherheit dient dazu, die vertragsgemäße Ausführung der Leistung, die Beachtung der Haupt- und Nebenpflichten einschließlich Abrechnung sowie die Durchsetzung von Gewährleistungs- und Schadensersatzansprüchen und die Erstattung von Überzahlungen einschließlich der Zinsen sicherzustellen.
- (2) Der vom Auftraggeber im Abfuhrkalender festgelegte Abfuhrhythmus für Hausmüll und Papier/Pappe bestimmt die Leistungszeit des Auftragnehmers. Bei der Sperrmüllabfuhr wird die Leistungszeit durch die auf Vorschlag des Auftragnehmers vom Auftraggeber festgelegten

Abfuhrtermine bestimmt. Bei Nichteinhaltung der festgelegten Termine befindet sich der Auftragnehmer ohne Mahnung im Verzug.

- (3) Abweichungen vom Abfuhrkalender bzw. von den festgelegten Sperrmüll-Abfuhrterminen können auf Antrag des Auftragnehmers vom Auftraggeber vor Eintritt des jeweiligen Zeitpunktes bestimmt werden. Der abweichende Zeitpunkt hat schriftlich festgelegt zu werden.

3.11 Änderungskündigung

- (1) Der Auftraggeber kann nachträgliche Änderungen in der Art und Weise der Leistungserbringung verlangen, es sei denn, dies ist für den Auftragnehmer unzumutbar. Ein solches Verlangen kann insbesondere erfolgen, um geänderten Rechtsvorschriften oder Änderungen des Abfallwirtschaftskonzeptes Rechnung zu tragen.
- (2) Hat der Auftragnehmer Bedenken gegen die Leistungsänderung, so hat er sie dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Teilt der Auftraggeber die Bedenken des Auftragnehmers nicht, so bleibt er für seine Angaben und Anordnungen verantwortlich. Zu einer gutachtlichen Äußerung ist der Auftragnehmer nur aufgrund eines gesonderten Auftrags verpflichtet.

3.12 Außerordentliche Kündigung

Eine außerordentliche Kündigung mit sofortiger Wirkung durch den Auftraggeber ist möglich,

- a) wenn der Auftragnehmer seine Verpflichtungen trotz dreimaliger Abmahnung seitens des Auftraggebers grob vernachlässigt und wenn dadurch die öffentliche Müllabfuhr in dem satzungsmäßig vorgesehenen Umfang nicht durchgeführt wird und die Verletzung der Verpflichtungen länger als einen Monat anhält. Die Abmahnungen haben schriftlich zu erfolgen, zwischen ihnen muss jeweils ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen;
- b) bei Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers oder wenn die Eröffnung beantragt ist oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird;
- c) wenn der Auftragnehmer sich des illegalen Transportes von Abfällen oder sich einer illegalen Abfallentsorgung schuldig macht oder sich hieran beteiligt.

3.13 Vertragsstrafen

- (1) Werden einzelne oder mehrere ordnungsgemäß bereitgestellte Abfallbehälter nicht gemäß dem Abfuhrplan geleert, so kann der Auftraggeber den Auftragnehmer auffordern, diese Abfallbehälter auch außerhalb der regelmäßigen Abfuhrzeiten innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist zu entleeren und nach erfolglosem Ablauf dieser Frist diese Abfallbehälter in eigener Regie oder durch Dritte auf Kosten des Auftragnehmers entleeren bzw. entleeren lassen.
- (2) Daneben wird für jeden nicht geleerten Behälter eine Vertragsstrafe in Höhe von 50,00 € vereinbart. Die Strafe ist verwirkt, sofern die gesetzte Frist nach Absatz 1 erfolglos abgelaufen ist.
- (3) Für den Fall des Verzugs wird eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,083 % des jährlichen Auftragswertes für jeden vollendeten Tag des Verzugs, maximal jedoch 5 % des Auftragswertes,

vereinbart. Daneben kann weiterhin Leistung verlangt werden. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens wird von dieser Vereinbarung nicht berührt.

- (4) Für den Fall einer Sorgfaltspflichtverletzung wird eine Vertragsstrafe in Höhe von 100,00 € bis 500,00 €, maximal bis zu 0,5 % des jährlichen Auftragswertes vereinbart. Die genaue Höhe wird der Auftraggeber in Ansehen der verletzten Pflicht und des daraus resultierenden Schadens festlegen. In diesem Fall kann der Auftraggeber nach erfolglosem Ablauf einer von ihm gesetzten angemessenen Nachfrist die Leistung in eigener Regie oder durch Dritte auf Kosten des Auftragnehmers ausführen bzw. ausführen lassen. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens wird von dieser Vereinbarung nicht berührt.
- (5) Die Summe der Vertragsstrafen innerhalb eines Jahres wird auf 5 % des jährlichen Auftragswertes begrenzt.

3.14 Preise und Preisanpassung

- (1) Für die Berechnung der Vergütung sind allein die Einheitspreise maßgeblich. Damit werden sämtliche Leistungen und Nebenleistungen, die zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung notwendig sind, vergütet. Weitere Kosten, Nebenkosten oder Auslagen werden nicht erstattet.
- (2) Die angebotenen Preise für Sammlung und Transport und die weiteren Leistungen verstehen sich als Festpreise bis zum 30.06.2023.
- (3) Grundlage für die Entgeltveränderungen ist die Kostenentwicklung im Güterkraftverkehr (veröffentlicht vom Bundesverband Güterkraftverkehr und Logistik – BGL – e. V.), Kategorie nationaler Nahverkehr, Einsatz im Nahbereich. Maßgeblich ist jeweils der Zeitraum Juni <vor Vertragsabschluss bzw. vor letzter Entgeltänderung> bis Juni <vor Änderungstermin>.
- (4) Mit dem auf diese Weise ermittelten Faktor werden aus den Ausgangspreisen die neuen Verrechnungssätze ausgerechnet und auf zwei Dezimalstellen auf- oder abgerundet. Lautet bei der Berechnung die 3. Stelle auf 5 oder darüber, so findet eine Aufrundung statt, lautet sie auf 4 oder darunter, so findet eine Abrundung statt. Die Entgelte zu Pos. 1.1 und Pos. 2.1 bleiben bei der Berechnung unberücksichtigt; sie verändern sich während der Laufzeit nicht.
- (5) Werden die angegebenen Preisindizes nicht mehr oder mit anderer Basis veröffentlicht, so treten an deren Stelle jeweils die diesen hinsichtlich der Voraussetzungen weitergehend entsprechenden Indizes.
- (6) Auftragnehmer und Auftraggeber können jeweils zum 01.07. eines Jahres, erstmals zum 01.07.2023, schriftlich eine Anpassung der vereinbarten Entgelte an die geänderte Kostelage verlangen, wenn sich die Ausgangspreise um 4 % gegenüber der gültigen Basis (Zeitpunkt der Angebotsabgabe bzw. der letzten Preisanpassung) verändern. Die Berechnung erfolgt, sobald die Werte für den jeweiligen Stichtag (01.07.) vorliegen. Derjenige Vertragspartner, der die Preisanpassung beantragt, muss die zur Berechnung erforderlichen Nachweise erbringen.

3.15 Urkalkulation

- (1) Der Auftragnehmer hat innerhalb von 14 Tagen nach Auftragserteilung in einem gesonderten versiegelten Umschlag die Kalkulation für alle Entgelte vorzulegen (Urkalkulation). In der Kalkulation sind Investitionskosten, Personal- und Materialkosten, Wartungs- und Instandhaltungskosten und Betriebskosten sowie Verwaltungskosten darzustellen. Ferner sind die Ansätze für Wagnis und Gewinn aufzuführen. Der Umschlag ist mit der Aufschrift „Kalkulation

– Einsammlung und Beförderung von Hausmüll, Papier/Pappe und Sperrmüll im Landkreis Kronach“ und mit Namen und Anschrift des Bieters zu versehen.

- (2) Der versiegelte Umschlag mit der Kalkulation wird im Fall von Verhandlungen nur gemeinsam im Beisein von Auftraggeber und Auftragnehmer geöffnet.
- (3) Alle Angaben der Kalkulation werden vertraulich behandelt.

3.16 Abrechnung

- (1) Als Geschäftsjahr gilt das Kalenderjahr.
- (2) Die Abrechnungsgrundlagen für die Einsammlung und Beförderung von Hausmüll und Papier/Pappe erstellt der Auftraggeber. Jeweils zum 01.01. und 01.07. eines jeden Jahres wird vom Auftraggeber eine vorläufige Abschlagszahlung für das folgende Halbjahr festgesetzt. Die Abschlagszahlungen werden monatlich zum 15. überwiesen. Zum 30.06. und 31.12. eines jeden Jahres wird vom Auftraggeber unter Zugrundelegung der dort vorhandenen Daten (Behälterzahlen und Leerungsdaten – Stand jeweils zum 30.06. und 31.12. des Jahres) eine endgültige Abrechnung für das vorausgegangene Halbjahr vorgenommen; die Abrechnung soll innerhalb von 30 Tagen erfolgen.
- (3) Die Abrechnung für die Einsammlung und Beförderung von Sperrmüll ist durch den Auftragnehmer in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum jeweiligen Zeitpunkt gilt. Die Zahlung ist innerhalb 30 Tagen nach Zugang der Rechnung fällig.
- (4) Alle Zahlungen werden bargeldlos geleistet.

3.17 Vertragsdauer

Leistungsbeginn ist der 01.07.2022. Der Vertrag endet am 30.06.2027. Er verlängert sich um jeweils zwei Jahre, wenn er nicht von einem der beiden Vertragspartner mindestens 12 Monate vor dem jeweiligen Vertragsablauf gekündigt wird.

3.18 Schriftform

Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag bedürfen der Schriftform. Mündliche Nebenabreden sind nicht bindend.

3.19 Salvatorische Klausel

Die Gültigkeit dieses Vertrages wird durch etwaige Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen nicht berührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich, eine unwirksame Bestimmung durch eine dem Sinn und Zweck dieses Vertrages entsprechende wirksame Bestimmung zu ersetzen.

3.20 Gerichtsstand

Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Kronach. Dieser Vertrag unterliegt dem deutschen Recht.

IV. Vertrags- und Abrechnungspreise

Die Vergütung bemisst sich ausschließlich nach den tatsächlich erbrachten Leistungen und den Einheitspreisen, die der Auftragnehmer im Rahmen dieses Vergabeverfahrens anbietet. Darin enthalten sind sämtliche Leistungen, Nebenleistungen, Kosten und Nebenkosten, welche zur Vertragserfüllung notwendig sind.

Es wird vom Auftraggeber nicht gewährleistet, dass die als Faktor zur Wertung angesetzten Mengen über die Vertragslaufzeit anfallen. Es muss vielmehr damit gerechnet werden, dass es zu Mengenänderungen und -schwankungen kommt. Wenn jedoch die Gesamtzahl der veranlagten und zu leerenden Behälter (Los 1 und 2) um mehr als 10 % oder die Anzahl der abzuarbeitenden Sperrmüllaufträge um mehr als 20 % gegenüber den nachfolgenden Angaben abweicht, kann jede Partei die Vereinbarung einer Preisanpassung unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten auf Basis der Urkalkulation verlangen; diese Vereinbarung ist unverzüglich zu treffen. Können sich die Parteien nicht auf eine nach den vorstehenden Bestimmungen vorzunehmende Anpassung der Preise einigen, kann jede Partei eine Klärung durch das zuständige Gericht herbeiführen lassen. Ein Leistungsverweigerungsrecht kann nicht auf eine noch nicht erfolgte Einigung gestützt werden.

Eine eventuell während der Vertragslaufzeit in Kraft tretende Mauterhöhung oder Ausweitung der Maut berechtigen den Auftragnehmer nicht, eine Preisanpassung zu verlangen, die über eine sich ggf. aus Ziffer III.3.14 ergebende Preisanpassung hinausgeht. Gleiches gilt für eine eventuelle Anpassung des Tariflohns, Mindestlohns oder Mindestentgelts.

Die Vertrags- und Abrechnungspreise sowie eventuelle Nachlässe sind im Dokument „Angebotsunterlagen“ einzutragen.

Bei Rechen- und Übertragungsfehlern ist der Einheitspreis (netto) für die Wertung maßgeblich.

Das Entgelt für die Leistung nach Ziffer 2.4.1 (Einsammlung und Beförderung von Hausmüll) ist als Entgelt pro Leerung und Jahr anzugeben.

Das Entgelt für die Leistung nach Ziffer 2.4.2 (Einsammlung und Beförderung von Papier/ Pappe) ist als Entgelt pro Behälter und Jahr anzugeben.

Das Entgelt für die Sperrmüllsammmlung nach Ziffer 2.4.3 ist aufwandsbezogen anzugeben (Entgelt bezogen auf Anzahl der Abholungen). Eventuelle Leerfahrten aufgrund angemeldeter, aber nicht bereitgestellter Materialien werden vergütet. Der Aufwand für Vorbereitung, Planung und Vollzug der Touren sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen.

Ergänzend wird jeweils ein Stundensatz für zusätzliche Leistungen abgefragt (nur Einheitspreis), der nicht in die Wertung eingeht.

Alle Preise sind ohne Umsatzsteuer einzutragen.

1 Einsammlung und Beförderung von Hausmüll vierzehntäglich alternierend mit Identifizierung der Behälter und Übergabe der Identdaten (Los 1)

Pos.	Leistung	Anzahl	Faktor zur Wertung	Einheit	Einheitspreis (€)	Gesamtpreis netto (€)
A	B	C	D	E	F	G (=D*F)
1	Einsammlung und Beförderung von Restmüll					
1.1	Grundentgelt für Vorhalteleistungen*		66.000	pro Einwohner und Jahr		
1.2	MGB 80 l	5.800	104.400 Anzahl * 18 Leerungen	pro Leerung und Jahr		
1.3	MGB 120 l	12.000	216.000 Anzahl * 18 Leerungen	pro Leerung und Jahr		
1.4	MGB 240 l	7.600	136.800 Anzahl * 18 Leerungen	pro Leerung und Jahr		
1.5	MGB 1.100 l	270	7.020 Anzahl * 26 Leerungen	pro Leerung und Jahr		
1.6	Sack 70 l	1.500	1.500 Anzahl Sä- cke	pro Sack und Jahr		
1.7	Sonderaufträge	1	1	Stunden (Fahr- zeug incl. Fah- rer und Lader)		nur EP
	Gesamtpreis für Los 1 netto					

*Das Grundentgelt darf einen Anteil von 25 % des Gesamtpreises (netto), der sich nach den Einheitspreisen und Wertungsfaktoren zu Los 1 (Pos. 1.1 bis 1.6) errechnet, nicht überschreiten. Angebote mit hiervon abweichender Preisgestaltung können nicht berücksichtigt werden.

2 Einsammlung und Beförderung von Papier/Pappe vierwöchentlich alternierend (Los 2)

Pos.	Leistung	Anzahl	Faktor zur Wertung	Einheit	Einheitspreis (€)	Gesamtpreis netto (€)
A	B	C	D	E	F	G (=D*F)
2	Einsammlung und Beförderung von Papier/Pappe					
2.1	Grundentgelt für Vorhalteleistungen*		66.000	pro Einwohner und Jahr		
2.2	MGB 120 l	6.500	6.500 Anzahl Be- hälter	pro Behälter und Jahr		
2.3	MGB 240 l	18.000	18.000 Anzahl Be- hälter	pro Behälter und Jahr		
2.4	MGB 1.100 l	300	300 Anzahl Be- hälter	pro Behälter und Jahr		
2.5	Sonderaufträge	1	1	Stunden (Fahr- zeug incl. Fah- rer und Lader)		nur EP

	Gesamtpreis für Los 2 netto					
--	--------------------------------	--	--	--	--	--

*Das Grundentgelt darf einen Anteil von 25 % des Gesamtpreises (netto), der sich nach den Einheitspreisen und Wertungsfaktoren zu Los 2 (Pos. 2.1 bis 2.4) errechnet, nicht überschreiten. Angebote mit hiervon abweichender Preisgestaltung können nicht berücksichtigt werden.

3 Einsammlung und Beförderung von Sperrmüll im System auf Abruf (Los 3)

Pos.	Leistung	Anzahl	Faktor zur Wertung	Einheit	Einheitspreis (€)	Gesamtpreis netto (€)
A	B	C	D	E	F	G (=D*F)
3	Einsammlung und Beförderung von Sperrmüll					
3.1	Abholung und Transport incl. aller Nebenleistungen (ohne Sperrmüll-Hotline und Benachrichtigung)	1	6.800 Anzahl Abholungen	pro Abholung		
3.2	OPTIONAL: Expressabholung innerhalb von 2 Arbeitstagen nach Anmeldung	1	100 Anzahl Abholungen	pro Abholung		
3.3	Sonderaufträge	1	1	Stunden (Fahrzeug incl. Fahrer und Lader)		nur EP
	Gesamtpreis für Los 3 netto					

4 Erklärung des Bieters

Der Bieter erklärt hiermit verbindlich,

- alle Bedingungen der Ausschreibung anzuerkennen und zu erfüllen,
- die Angaben über die örtlichen Gegebenheiten ausreichend kontrolliert und berücksichtigt zu haben,
- alle Angaben wahrheitsgemäß gemacht zu haben.

Ort, Datum

Firmenstempel
rechtsverbindliche Unterschrift